

«Bachelor Minor Nachhaltige Entwicklung, Projektarbeit Nachhaltige Entwicklung»  
«Projektarbeit Komponente 4 vom 16. August 2019»

## **Können die Gemeinden im Naturpark Gantrisch die Energiewende fördern? – Möglichkeiten und Grenzen kommunaler und regionaler Energiestrategien aus der Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung**

Benelli Luca / Geographie  
Hochreiter Patrizia / Geographie  
Kuttenberger Konstantin / Geographie  
Nussbaum Fabienne / Osteuropastudien  
Perren Romario / Geographie

Dozent/Betreuer:  
Prof. Dr. Thomas Hammer

16. August 2019

# Inhaltsverzeichnis

|   |    |
|---|----|
| Kapitel 1: Einführung.....  | 3  |
| 1.1 Ausgangslage/Problemstellung .....                              | 3  |
| 1.2 Ziele .....   | 3  |
| 1.3. Stand der Forschung und Forschungslücke/n .....                | 4  |
| Kapitel 2: Untersuchungsgebiet .....                                | 6  |
| 2.1. Naturpark Gantrisch (NPG).....                                 | 6  |
| 2.2. Gemeinden.....   | 7  |
| 2.2.1. Gemeinde Schwarzenburg .....                                 | 7  |
| 2.2.2. Gemeinde Toffen .....  | 8  |
| 2.2.3. Gemeinde Guggisberg .....                                    | 8  |
| 2.2.4. Gemeinde Rüscheegg .....                                     | 8  |
| Kapitel 3: Theoretische Grundlagen der Energiepolitik Schweiz ..... | 9  |
| 3.1. Bund.....  | 10 |
| 3.2. Kanton .....   | 12 |
| 3.3. Gemeinden.....   | 14 |
| 3.4. Naturpark Gantrisch / Regionaler Naturpark.....                | 15 |
| Kapitel 4: Methodisches Design .....                                | 17 |
| Kapitel 5: Kommunale und regionale Ergebnisse .....                 | 19 |
| 5.1. Kommunale Ebene .....  | 19 |
| 5.1.1. Schwarzenburg.....   | 19 |
| 5.1.2 Toffen.....   | 22 |
| 5.1.3 Gemeinde Guggisberg .....                                     | 26 |
| 5.1.4 Gemeinde Rüscheegg .....                                      | 29 |
| 5.1.5 Zusammenfassung der Ergebnisse auf kommunaler Ebene.....      | 31 |
| 5.2. Regionale Ebene .....  | 34 |
| Kapitel 6: Erkenntnisse und Diskussion.....                         | 38 |
| 6.1 Kommunale Erkenntnisse.....                                     | 38 |
| 6.1.1 Pragmatismus .....  | 38 |
| 6.1.2 Kommunikation .....   | 39 |
| 6.1.3 Ressourcenausstattung .....                                   | 41 |
| 6.1.4 Priorität .....   | 42 |
| 6.2 Regionale Erkenntnisse .....                                    | 43 |

|  |    |
|--|----|
| Kapitel 7: Schlussfolgerungen .....        | 45 |
| Kapitel 8: Fazit .....                     | 47 |
| Kapitel 9: Kontext der Facharbeit .....    | 49 |
| 9.1. Inter- und Transdisziplinarität ..... | 49 |
| 9.2. Nachhaltige Entwicklung .....         | 50 |
| Quellenverzeichnis .....                   | 52 |
| Literaturverzeichnis .....                 | 52 |
| Abbildungsverzeichnis .....                | 56 |
| Anhang.....                                | 56 |

# Kapitel 1: Einführung

## 1.1 Ausgangslage/Problemstellung

Die Schweiz hat sich mit dem Pariser Klimaabkommen dazu verpflichtet, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen im Inland gegenüber 1990, um mindestens 30 Prozent zu reduzieren. Durch die Annahme des Energiegesetzes von 2017 verpflichten sich die Schweizer Kantone zu einer Verbesserung der Energieeffizienz und der Förderung von erneuerbaren Energien, um in einem weiteren Schritt die Energiestrategie 2050 des Bundes umzusetzen. Der Kanton Bern hat bereits 2006 eine Energiestrategie erarbeitet, deren Zielvorgaben laufend an die aktuellen Entwicklungen in Politik und Technologie angepasst werden (Regierungsrat 2006).

Der Naturpark Gantrisch liegt mit 21 Gemeinden im Kanton Bern. In der zweiten Vierjahresplanung des Naturparks (2016-2019) (Förderverein Region Gantrisch 2014) wurde das Projekt «Gantrisch Erneuerbar» in das Programm aufgenommen, das sich mit der Produktion und Vermarktung von erneuerbaren Energieträgern sowie der Optimierung des regionalen Energieverbrauchs auseinandersetzt. Die Gemeinden sind zuständig für die Umsetzung der kantonalen Energievorschriften (Förderverein Region Gantrisch 2018). Der Naturpark Gantrisch wurde als Untersuchungsort gewählt, da sich die Gemeinden im Naturpark unterschiedlich stark mit der Umsetzung der Energievorschriften beschäftigen. Grundlegende Herausforderungen stellen sich bereits in der Erfassung der Massnahmen zu einer effizienteren Nutzung der Energien. Viele Gemeinden haben nicht dokumentiert, welche Massnahmen sie bereits umsetzen, wofür sie diese umsetzen und welche Ziele noch erreicht werden sollen.

## 1.2 Ziele

Das Ziel dieser Arbeit ist ein Beschrieb sowie eine Analyse (regional und kommunal) der Schweizer Energiepolitik, in der ermittelt wird, ob Gemeinden im Naturpark Gantrisch ener-

giefortschrittlicher werden können, beziehungsweise welche Ansätze getätigt werden können, um einerseits die Energiestrategie des Bundes von 2050 möglichst realistisch umzusetzen und andererseits, um eine nachhaltigere Wende im Bereich der Energieversorgung in der Region des Naturparks Gantrisch zu erreichen. Dafür werden die energiepolitischen Ebenen von Bund und Kanton als Grundvoraussetzung beschrieben, während die energiepolitische Ebene der Gemeinden sowie die Perspektive des Naturparks analysiert werden. Ziel ist es, aufgrund von verschiedenen Faktoren und Kriterien zwei energieengagierte Gemeinden (Schwarzenburg und Toffen) sowie zwei Gemeinden zu analysieren, die im Bereich Energie noch Verbesserungs- und/oder Ausbaupotential aufweisen. Mit der Auswahl der vier Gemeinden wird angestrebt, bezüglich geographischen und sozio-demographischen Merkmalen, eine möglichst breite und repräsentative Darstellung der Gemeinden im Naturpark Gantrisch zu erreichen. Welche Ziele haben die verschiedenen Gemeinden im Hinblick auf die Energiestrategie 2050, wie sollen diese erreicht werden und welche Ansätze versprechen Erfolg? Diese Arbeit soll die Möglichkeiten sowie die unterschiedlichen Massnahmen für die Energiewende auf kommunaler wie auf regionaler Ebene darstellen. Des Weiteren soll aufgezeigt werden, inwiefern gesellschaftliche Prozesse und Denkweisen das Thema der Energiewende im Naturpark Gantrisch beeinflussen.

### 1.3. Stand der Forschung und Forschungslücke/n

Die Arbeit dient unter anderem der Datensammlung von Massnahmen zur Förderung von erneuerbaren Energien einzelner Gemeinden im Naturpark Gantrisch. Ein Bericht über diese Massnahmen auf lokaler, kommunaler Ebene existiert nicht. Welches die Energieziele und -konzepte der Gemeinden im Naturpark Gantrisch sind, worin diese bestehen und welche Synergien einer Zusammenarbeit und Koordination zwischen den Gemeinden sind, wurde bisher noch nicht aufgearbeitet. Aus diesem Grund wird der Bericht als Unterstützung und Überblick

über die Energiepolitik in den Gemeinden des Naturparks Gantrisch erstellt. Vom Förderverein Naturpark Gantrisch wurde bereits ein Energiekonzept (Energiekonzept Naturpark Gantrisch, 2018) veröffentlicht, das den Gemeinden als Empfehlung an die Hand gegeben wird. Der Naturpark Gantrisch stellt mit dem Energiekonzept lediglich Ideen und Visionen vor. Mit dieser Arbeit soll aufgezeigt werden, welche Chancen und Herausforderungen spezifische Gemeinden bezüglich erneuerbarer Energien im Rahmen des Naturparks haben.

Als Erstes wird dafür das Untersuchungsgebiet der Arbeit, das den Naturpark Gantrisch sowie die untersuchten Gemeinden umfasst, vorgestellt. Als Nächstes werden die theoretischen Grundlagen durch einen Beschrieb und eine Analyse der Schweizer Energiepolitik der unterschiedlichen Massstabsebenen (national, kantonale, kommunale und regionale) durchgeführt. In einem weiteren Kapitel wird die Methodik der Befragung der Vertreter des Naturparks und der Gemeinden aufgezeigt. Danach wird auf die Ergebnisse aus dem untersuchten Gebiet eingegangen, wofür unter anderem eine tabellarische Darstellung verwendet wird. Abschliessend werden die Erkenntnisse diskutiert und in einen inter- und transdisziplinären Kontext und analysiert.

# Kapitel 2: Untersuchungsgebiet

## 2.1. Naturpark Gantrisch (NPG)

21 Gemeinden des Naturparks befinden sich im Kanton Bern, eine Gemeinde gehört zum Kanton Freiburg. Insgesamt erstreckt sich der Naturpark mit mehr als 46'000 Einwohnern über eine Fläche von 404 km<sup>2</sup> und befindet sich im Städtedreieck Bern - Fribourg - Thun (siehe Abbildung 1).

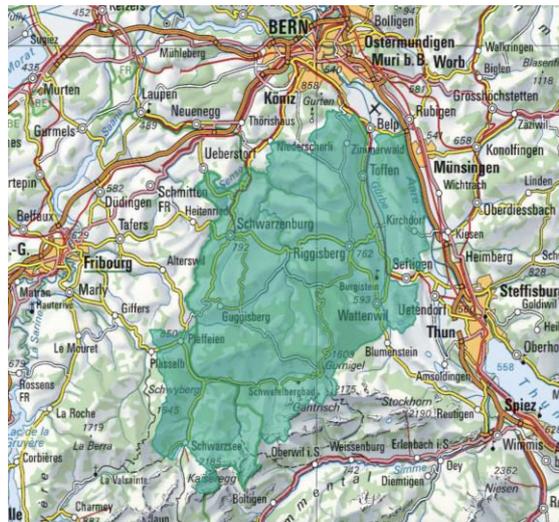


Abbildung 1: Perimeter des Naturparks Gantrisch

Die Aufgaben des Naturparks sind es, die drei Bereiche Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt zu einer nachhaltigen Entwicklung zu vereinen. Dabei werden folgende Ziele verfolgt: Wertschöpfungssteigerung (Wirtschaft), Dienen der Gesellschaft (Gesellschaft) sowie Erhalt und Aufwertung der Natur (Umwelt). Das Projekt Naturpark Gantrisch wird vom Förderverein Region Gantrisch (FRG) geleitet. Dieser arbeitet mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) zusammen. Der Verein fördert unter Betrachtung der drei Dimensionen Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt die Zusammenarbeit und Vernetzung in der Region (Förderverein Region Gantrisch o. J.). Der Verein hat zum Ziel, die nachhaltige Entwicklung (Wirtschaft, Ökologie und Gesellschaft) der Region Gantrisch zu fördern (regiosuisse o. J.). Er übernimmt zu die-

sem Zweck den Aufbau und Betrieb des regionalen Naturparks Gantrisch im Sinne des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG Art. 23e. ff.).

## 2.2. Gemeinden

Durch eine Webseitenanalyse (siehe Methoden Kapitel 4) und den Austausch mit der Ansprechperson Lea Jost wurden vier geeignete Gemeinden für die genauere Untersuchung ausgewählt. Dabei wurde darauf geachtet, einen möglichst breiten und repräsentativen Überblick über den Naturpark Gantrisch zu geben. Die untersuchten Gemeinden zeigen aufgrund ihrer Bevölkerungszahlen, Flächen und energiepolitischen Massnahmen die Spannweite der Gemeinden im Naturpark Gantrisch. Schwarzenburg, Toffen, Guggisberg und Rüschegg werden geographisch und sozio-demographisch in den folgenden Unterkapiteln vorgestellt.

### 2.2.1. Gemeinde Schwarzenburg



Die Gemeinde Schwarzenburg liegt im Südosten des Kantons Bern. Mit einer Einwohnerzahl von 6'977 (Stand 31.12.2018) und einer Fläche von 44.8 km<sup>2</sup> (63% Acker und Wiesland, 28% Wald, 7.3% Siedlungsfläche) gehört Schwarzenburg zu den mittelgrossen Gemeinden im Kanton Bern. Gemeindepräsident in Schwarzenburg ist Martin Haller (SVP).

Abbildung 2: Geographische Lage der Gemeinde Schwarzenburg

### 2.2.2. Gemeinde Toffen



Abbildung 3: Geographische Lage der Gemeinde Toffen

Die Gemeinde Toffen liegt im Gürbetal im Kanton Bern. Mit einer Einwohnerzahl von 2'537 (Stand 01.01.2019) und einer Fläche von 4.5 km<sup>2</sup> (60% Acker und Wiesland, 21% Wald, 19% Siedlungsfläche) gehört Toffen zu den kleineren Gemeinden des Kantons Bern. Gemeindepräsidentin ist Ruth Rohr-Achermann (Freie Bürgerinnen und Bürger Toffen). Gemeinde-Vizepräsident ist Carl Bütler (SVP Toffen).

### 2.2.3. Gemeinde Guggisberg



Abbildung 4: Geographische Lage der Gemeinde Guggisberg

Die Gemeinde Guggisberg liegt im Berner Mittelland. Mit einer Einwohnerzahl von 1'539 (Stand 31.12.2017) und einer Fläche von 54.9 km<sup>2</sup> (54% Acker und Wiesland, 40% Wald, 2.6% Siedlungsfläche) gehört Guggisberg zu den flächenmässig grösseren Gemeinden im Kanton Bern. Gemeindepräsident ist Hanspeter Schneiter.

### 2.2.4. Gemeinde Rüscheegg

Die Gemeinde Rüscheegg liegt im Berner Mittelland. Mit einer Einwohnerzahl von 1'689 (Stand 31.12.2018) und einer Fläche von 57.3 km<sup>2</sup> (keine Angaben zu Acker und Wiesland, 50% Wald, keine Angaben zur Siedlungsfläche) gehört Rüscheegg zu den flächenmässig grösseren Gemeinden im Kanton Bern. Der aktuelle Gemeinderat setzt sich aus zwei SVP-



Abbildung 5: Geographische Lage der Gemeinde Rüscheegg

Mitgliedern, einem FDP-Mitglied und vier unabhängigen Mitgliedern zusammen. Gemeindepräsident ist Markus Hirschi von der FDP.

# Kapitel 3: Theoretische Grundlagen der Energiepolitik Schweiz

## 3.1. Bund

Die Schweizer Energiepolitik findet auf mehreren Staatsebenen statt und kann somit als föderal beschrieben werden. Bund, Kantone und Gemeinden sind für energiepolitische Massnahmen verantwortlich, wobei jede Ebene andere Kompetenzen bzw. Zuständigkeiten aufweist. Neben den drei Staatsebenen sind weitere nichtstaatliche Akteure in der Energiepolitik beteiligt, wie bspw. die Privatwirtschaft und Verbände. Die Mehrebenenpolitik bedarf einer guten Koordination, um Massnahmen konsequent und wirkungsvoll umsetzen zu können. Bund und Kantone versuchen mit Rücksicht auf die Wirtschaft und die Gemeinden (Thaler et al. 2019) ihre energiepolitischen Anstrengungen zu koordinieren. Beide sind für eine umweltschonende und ausreichende Energieversorgung verantwortlich. Während der Bund Grundsätze und Vorschriften für die Energienutzung und den Energieverbrauch festlegt, sind oftmals die Kantone für die Massnahmen zuständig, mit Hilfe derer die Vorschriften des Bundes erreicht werden sollen. Die Massnahmen beziehen sich dabei mehrheitlich auf die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien in Gebäuden (BV Art. 89). Die Gesetzgebung betreffend Kernenergie liegt in der alleinigen Kompetenz des Bundes (BV Art. 90). Der Bund und die Kantone unterscheiden sich also hauptsächlich durch die Zuständigkeit anderer Politikfelder. Die Gemeinden stellen neben dem Bund und den Kantonen eine weitere wichtige Staatsebene dar. Sie sind für die Umsetzung der nationalen und kantonalen Vorschriften zuständig. Zudem besitzen sie eine wichtige Vorbildfunktion in der Bevölkerung (Energieschweiz o. J.). Der Bund unterstützt Energieeffizienz und erneuerbare Energie durch finanzielle Hilfe. Dafür spricht der Bund Beiträge für die Kantone oder Projekte aus (BV Art. 51).

Der Bund agierte Mitte des 20. Jahrhunderts sehr passiv und zurückhaltend. Die Kantone aber hatten einen grossen Handlungsspielraum. Das Fehlen einer verfassungsmässigen Grundlage verunmöglichte es dem Bund, eine zusammenhängende Energiepolitik zu betreiben (Sager 2014). In den 1970er Jahren dominierte die Erdölkrise die Energiepolitik der Schweiz. Aufgrund der Erdölkrise im Jahr 1973 war das Ziel «[...] eine sichere und ausreichende, volkswirtschaftlich optimale und umweltgerechte Energieversorgung [...]» (Sager 2014). Die Atomkraft wurde populär und als gute Alternative zu Erdöl gesehen, jedoch formierten sich auch Atomgegner (Sager 2014). Nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl im Jahr 1986 kam es zu Umdenkprozessen in der Bevölkerung. Die Bevölkerung wandte sich zunehmend von der Atomenergie ab. 1990 wurde das Programm Energie 2000 lanciert, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoss und den Verbrauch nicht erneuerbarer Energien zu senken. Die ökologische Nachhaltigkeit stand während den 1980er und 1990er Jahren im Mittelpunkt der Energiepolitik (Sager 2014). Seit der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls 1997 diskutierte man nach der Jahrtausendwende zunehmend über klimapolitische Aspekte. Zahlreiche neue Gesetze wurden verabschiedet, um so die umweltbelastenden Energieträger, wie beispielsweise Erdölbrennstoffe, zu reduzieren (Sager 2014). Nach dem Reaktorunfall von Fukushima im Jahre 2011 beschloss der Bundesrat den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie. Dies hatte eine Umgestaltung der Schweizer Energiepolitik zur Folge.

Das Volk verabschiedete am 21. Mai 2017 das revidierte Energiegesetz (EnG) zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 (UVEK 2017). Diese Energiestrategie bildet die Grundlage für die Energiepolitik des Bundes, der Kantone und der Gemeinden. Das erste Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050 behandelt hauptsächlich drei Themenbereiche. Im ersten Bereich will der Bund den Energieverbrauch senken und die Energieeffizienz steigern. Im zweiten Bereich will er den Anteil erneuerbarer Energien erhöhen, und im Dritten soll das Bauverbot neuer Kernkraftwerke zu einem schrittweisen Atomausstieg führen (UVEK 2017). Massnahmen bzw. Instrumente zur Steigerung der Energieeffizienz sind beispielsweise das Gebäudepro-

gramm, steuerliche Anreize für Gebäudesanierungen und Emissionsvorschriften für Fahrzeuge. Mit dem Einspeisevergütungssystem und Investitionsbeiträgen sollen erneuerbare Energien gefördert werden, mit dem Bauverbot neuer Kernkraftwerke soll schrittweise der Atomausstieg vollzogen werden (UVEK 2017). Politische Instrumente sind «Werkzeuge des Staates», die dazu dienen, die politischen Ziele zu erreichen (Böcher und Töller 2007).

### 3.2. Kanton

Gemäss Art. 89.4 der Bundesverfassung (BV) sind vor allem die Kantone zuständig für Massnahmen betreffend die Energienutzungsbegrenzungen im Gebäudebereich. Die Umsetzung der Energiestrategie 2050 liegt bei den Kantonen. Die Energiepolitik der Kantone konzentriert sich aufgrund ihrer Kompetenzen auf die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien (BVE o. J. a). Am 10. Februar 2019 lehnte der Kanton Bern die Änderung des kantonalen Energiegesetzes ab, das zur Erreichung der Ziele der Energiestrategie 2050 vorgesehen war. Die Revision sah insbesondere vor, die Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien in Gebäuden zu verbessern (Grosser Rat Kanton Bern 2018). Die Energiestrategie des Kantons Bern ist auf die Vision einer «2'000-Watt-Gesellschaft bis 2050» ausgerichtet. Gegenwärtig beträgt in der Schweiz der Energieverbrauch pro Kopf 6'000 Watt. Zudem soll die CO<sub>2</sub>-Emission um einen Fünftel auf 1 Tonne CO<sub>2</sub> pro Kopf reduziert werden. Diese Reduktionen sollen mit Hilfe verbesserter Energieeffizienz und erneuerbarer Energien erreicht werden (Regierungsrat 2006).

Der Kanton Bern beschreibt seine energiepolitischen Instrumente sowohl im Energiegesetz (KEng) als auch in der Energieverordnung (KEngV). Der Schwerpunkt beziehungsweise die Ziele dieser Instrumente liegen insbesondere in der Energieeffizienzsteigerung im Gebäudebereich. Der Kanton will mit energiepolitischen Instrumenten die Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien in Gebäuden verbessern, um die in der Energiestrategie be-

schriebene Vision einer «2'000-Watt-Gesellschaft bis 2050» zu verwirklichen (Regierungsrat 2006). Das Energiegesetz und die Energieverordnung tragen mit ihren energiepolitischen Instrumenten zur Erreichung dieser Zielsetzung bei. Die Bestrebungen des Kantons Bern zielen in dieselbe Richtung wie diejenigen der Energiestrategie 2050 des Bundes.

Gemäss der Berner Energie Plattform «Energie aktuell» gehören folgende energiepolitische Instrumente und Massnahmen des Kantons Bern im Energiegesetz zu den wichtigsten (Energie aktuell o. J.):

- Preiswerte und sichere Energieversorgung
- Förderung von Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien
- Verbot von neuen Elektroheizungen und Ersatzpflicht nach 20 Jahren
- Finanzhilfen von 5'000 bis 250'000 Franken für besonders energieeffiziente Gebäude
- Grössere Gemeindeautonomie im Energiebereich
- Energiesparanreize für Grossverbraucher
- Vorbildfunktion der öffentlichen Hand

In der Energiepolitik des Kantons wird der effizienten Nutzung von Energie eine wichtige Rolle zugeschrieben. Durch Förderprogramme bzw. Finanzhilfen will der Kanton die effizientere Nutzung von Strom unterstützen und zudem Anreize für eine nachhaltige Energieproduktion setzen. Beispielsweise werden gemäss KEnG Art. 59 Umbauten an Gebäuden, die zu einem geringeren Energiebedarf führen, finanziell unterstützt. Laut dem Förderprogramm des Kantons Bern vom Amt für Umweltkoordination und Energie (AUE) erhalten Hauseigentümer auch Finanzhilfen, wenn sie mit ihren Umbauten erneuerbare Energien fördern. Dies ist der Fall, wenn bspw. Elektro- und Ölheizungen durch Wärmepumpen oder Holzheizungen ersetzt werden. Zudem werden Anlagen zur Gewinnung von erneuerbarer Energie (bspw.

thermische Solaranlagen) teilweise mitfinanziert (AUE 2019). Der Kanton nützt also Förderprogramme als Instrument für die Erreichung der Ziele.

Sowohl im KEnG als auch in der KEnV gibt es zahlreiche Vorschriften, die versuchen, sowohl den Stromverbrauch zu reduzieren als auch die Energieeffizienz und den Anteil erneuerbarer Energien zu steigern. Trotzdem besteht vor allem in den Vorschriften Handlungsbedarf. In Art. 42 des KEnG steht bspw., dass bei Neubauten der Anteil nicht erneuerbarer Energie für den Wärmebedarf bei 80% liegen darf. Gemäss Art. 13 des KEnG sind die Gemeinden jedoch dazu in der Lage, diesen Höchstanteil stärker zu begrenzen. In Art. 39-51 des KEnG bestehen unter anderem auch energetische Mindestvorschriften für den Wärmeschutz von Gebäuden bzw. Anforderungen an Gebäudehüllen, haustechnische Anlagen und Elektrizitätserzeugungsanlagen. Die Vorschriften tangieren grösstenteils nur die Gebäude und die damit verbundenen Bauvorschriften.

### 3.3. Gemeinden

Es gibt verschiedene Bereiche, in denen die Gemeinden energiepolitisch aktiv werden können. So gibt es im Kanton Bern auf kommunaler Ebene z.B. das Berner Energieabkommen (BEakom) oder den kommunalen Richtplan Energie (RPE). Beim BEakom verpflichtet sich eine Gemeinde freiwillig, langfristige Massnahmen im Energiebereich innerhalb eines festgelegten Zeitraums umzusetzen. Die Gemeinden, die das Energiestadt-Label anstreben möchten, werden vom BEakom mittels einem am Energiestadt-Programm orientierten Massnahmenkatalog unterstützt. Des Weiteren erhalten die Gemeinden finanzielle, fachliche, sowie koordinative Unterstützung vom Kanton (BVE o. J. b). Innerhalb des Naturparkperimeters Gantrisch besitzt die Gemeinde Schwarzenburg das Energiestadt-Label (Gemeinde Schwarzenburg o. J.). Auch die Gemeinden Toffen und Riggisberg haben das BEakom unterzeichnet (BVE 2016). Andere Gemeinden nutzen die Energieberatung Bern Mittelland. Gemeinden und Pri-

vatpersonen können in Energiefragen eine Beratung in Anspruch nehmen. Die Energieberatung schlägt Massnahmen für energetische Verbesserungen vor und informiert über gesetzliche Vorschriften und Förderprogramme (Regionalkonferenz Bern Mittelland o. J.).

### 3.4. Naturpark Gantrisch / Regionaler Naturpark

Gemäss Natur- und Heimatschutzgesetz (NHG) lassen sich 3 Arten von Pärken unterscheiden: Nationalpark, regionaler Naturpark und Naturerlebnispark (NHG Art. 23e). Regionale Naturpärke thematisieren im Gegensatz zu National- und Naturerlebnispärken neben der Natur auch die Wirtschaft (NHG Art. 23f – 23h). Der Bund definiert einen Regionalen Naturpark wie folgt: «Ein Regionaler Naturpark ist ein grösseres, teilweise besiedeltes Gebiet, das sich durch seine natur- und kulturlandschaftlichen Eigenschaften besonders auszeichnet und dessen Bauten und Anlagen sich in das Landschafts- und Ortsbild einfügen. Im Regionalen Naturpark wird die Qualität von Natur und Landschaft erhalten und aufgewertet; die nachhaltig betriebene Wirtschaft gestärkt und die Vermarktung ihrer Waren und Dienstleistungen gefördert.» (NHG Art. 23g). Der Bund bietet den Regionalen Naturpärken finanzielle Unterstützung. Die Höhe der Beiträge ist abhängig von Umfang und Qualität der Leistungen und wird vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) und den Kantonen festgelegt (PäV Art. 4). Ein Regionaler Naturpark muss zahlreichen ökologischen, ökonomischen und soziokulturellen Anforderungen gerecht werden. Die Anforderungen können formal, aber auch spezifisch auf den Park bezogen sein. Das Gebiet des Parks muss einen hohen Natur- und Landschaftswert aufweisen und darf nur minimal von Infrastrukturen oder Nutzungen belastet werden. Zudem muss die Artenvielfalt gefördert werden (BAFU 2015).

Der Naturpark Gantrisch hat sich nun als erster Regionaler Naturpark überhaupt im Rahmen des 2014 ins Leben gerufenen Projekts «Gantrisch Erneuerbar» zum Ziel gesetzt, eine Art Koordinations-, Austausch- und Beratungsstruktur für die Gemeinden und weitere Akteure zu

bilden (Förderverein Region Gantrisch 2014). Hierbei ist das Hauptziel, eine Plattform zu schaffen, bei der innovative regionale Projekte zur Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien unterstützt werden, sowie eine Plattform für einen Erfahrungsaustausch auf regionaler Ebene bereitzustellen. Insbesondere in denjenigen Bereichen sollen Synergien geschaffen werden, wo eine überkommunale Zusammenarbeit sinnvoll erscheint (u.a. in der Produktion und Vermarktung von erneuerbarer Energie, der Steigerung der Energieeffizienz seiner Konsumenten) (Förderverein Region Gantrisch 2018). Beim Aufbau dieser Plattform ist es wichtig zu wissen, inwiefern die verschiedenen Gemeinden innerhalb des Naturparkperimeters energiepolitisch aktiv sind, welche Ziele diese verfolgen und in welchen Bereichen eine Zusammenarbeit auf regionaler Ebene überhaupt sinnvoll erscheint. Dies wurde bisher noch nicht aufgearbeitet.

## Kapitel 4: Methodisches Design

Das methodische Design baut auf den Überlegungen der theoretischen Grundlagen auf. Dieses Kapitel soll das geplante Vorgehen der Arbeit aufzeigen. Es wird dargestellt, welche Erhebungsmethoden angewendet werden und welche Informationen das Ziel der Erhebung sind. Das gewählte Vorgehen und die Erhebungsmethoden beeinflussen unmittelbar die Ergebnisse und müssen daher begründet werden. Zu Beginn der Arbeit wird eine Literaturrecherche und Webseitenanalyse durchgeführt. Die zentrale Literatur, die für die Arbeit herangezogen wird, sind Energiestrategien, Konzepte und Richtpläne des Bundes aber auch des Kantons, der Gemeinden und des Naturparks. Insbesondere auf den Webseiten der jeweiligen Gemeinden wird nach weiteren Informationen zu energiepolitischen Massnahmen gesucht. Falls eine Gemeinde kein Energiedossier führt, wird das Baureglement auf energiepolitische Massnahmen untersucht. Da auf den Webseiten einiger Gemeinden nur wenig Informationen bezüglich deren energiepolitischen Engagements vorhanden sind, müssen diese Informationen mithilfe eines Interviews eingeholt werden. Die in den Dokumenten vorgestellten Ziele, Massnahmen, Grundsätze und Richtlinien geben einen Überblick über die Energiepolitik und mögliche energiepolitische Massnahmen. Die Literaturrecherche und Webseitenanalyse dienen dazu, sich energiepolitisches Wissen anzueignen, was in einem nächsten Schritt für die Erstellung der Interviewfragen wie auch für die Durchführung eines Interviews dienlich ist. Ein face-to-face Interview ermöglicht auch die Beantwortung komplexerer Fragestellungen. Zudem können Unklarheiten durch Nachfragen unmittelbar geklärt werden. Durch ein semi-strukturiertes Leitfadeninterview besteht gleichzeitig die Möglichkeit, weiterführende Diskussionen zu führen, aber auch die verschiedenen Interviewantworten miteinander zu vergleichen. Das Interview wird mit den jeweiligen Vertretern der Gemeinden und dem Geschäftsführer des Naturparks Gantrisch geführt. Interviewt wurden die Gemeinden Schwarzenburg, Toffen, Guggisberg und Rüschegg. Um die Perspektive des Naturparks Gantrisch mit einzubeziehen, wurde

zusätzlich ein Interview mit Christoph Kauz, Geschäftsführer des Naturparks Gantrisch, geführt. Der Fokus liegt dabei auf den Instrumenten und Massnahmen der Gemeinden sowie des Naturparks, die zur Initiierung der Energiewende und zur Optimierung des regionalen Energieverbrauchs in der Region Naturpark Gantrisch implementiert wurden. Zudem wird auch nach geplanten Massnahmen und innovativen Ideen im Bereich Energiepolitik gefragt. Weiter soll aufgezeigt werden, wo allenfalls Möglichkeiten und Grenzen zur regionalen Zusammenarbeit im Bereich Energie bestehen, und wie die beiden Gemeinden Toffen und Schwarzenburg als Vorbild für andere Gemeinden dienen könnten. Die Interviews werden anschliessend transkribiert. Es werden inhaltsgerechte Protokolle erstellt, die nach dem Vier-Augen-Prinzip auf ihre Korrektheit überprüft werden. Die Ergebnisse der Interviews werden anschliessend tabellarisch dargestellt.

# Kapitel 5: Kommunale und regionale Ergebnisse

## 5.1. Kommunale Ebene

### 5.1.1. Schwarzenburg

In der Gemeinde Schwarzenburg sind für strategische Energiefragen die Kommission Tiefbau und Umwelt sowie die Energiekommission verantwortlich. Diese Kommissionen sind der Bauverwaltung unterstellt. Mit der Unterzeichnung des BEakoms hat sich die Gemeinde Schwarzenburg zur langfristigen Förderung der nachhaltigen Entwicklung im Energiebereich verpflichtet. Das BEakom enthielt für die Gemeinde Schwarzenburg bereits die meisten Voraussetzungen für das Erhalten des Energiestadtlabels. Ein Gemeinderatsbeschluss der Gemeinde Schwarzenburg entschied, das Energiestadt-Programm und somit das Energiestadtlabel umzusetzen und zu erreichen. Dieser Entscheid hat zur Folge, dass anhand eines Punktesystems alle fünf Jahre kontrolliert wird, ob die Gemeinde alle Faktoren erfüllt, um eine Energiestadt zu sein. Aus dem Interview mit Theo Binggeli (Gemeindepräsident Schwarzenburg) geht hervor, dass die Gemeinde Schwarzenburg am Erhalt dieses Labels und des aktuellen Zustandes interessiert ist. Zudem ist keine Steigerung in Bezug auf Massnahmen zur Förderung von erneuerbaren Energien nötig, es müssen nur die vereinbarten Massnahmen erfüllt sein. Die Gemeinde Schwarzenburg betreibt eine Holzschnitzelheizung und unterstützt Fernwärmeheizsysteme erneuerbarer Energien auf Basis von Holz. Dadurch werden rund 75% des Wärmebedarfs der gemeindeeigenen Liegenschaften durch erneuerbare Energien aus der Region abgedeckt.

Für die Umsetzung solcher Massnahmen hat die Gemeinde Schwarzenburg mit der Energieberatung sowie externen Fachleuten zusammengearbeitet. Ein weiteres Instrument, erneuerbare Energien in der Gemeinde zu fördern, ist die Sensibilisierung der Grundeigentümer durch Informationsveranstaltungen, an welchen der Richtplan Energie sowie die Vision des Energiestadtlabels vorgestellt und erklärt werden. Diese Sensibilisierungsmassnahmen gelten gemäss T.

Binggeli als «weiche» Instrumente. Die Gemeinde fördert zudem einen Solarkataster, durch den aufgezeigt werden kann, welche Dächer für Solarzellen und somit Photovoltaikanlagen geeignet sind. Ein weiteres Instrument für die Förderung von erneuerbaren Energien ist die Aufteilung in mehrere Wärmeverbände. Schwarzenburg verbindet Wärmeverbände in verschiedenen Regionen der Gemeinde mit einer Gemeindeliegenschaft (z.B. Schule). Durch diese Massnahme werden viele Gebühren, die dem Wärmeverbund anfallen, durch die Gemeinde getragen und bedeuten einen Anreiz für die Bevölkerung.

Die Hauptziele der Gemeinde Schwarzenburg bezüglich Energiewende sind Gebäudesanierungen sowie raumplanerische Massnahmen (z.B. Wohnraumplanung) im Rahmen der finanziellen Mittel. Zudem möchte man auch zukünftig die Potentiale der Holzenergie ausschöpfen und die Nutzbarkeit der Photovoltaik abschätzen können. Ein weiteres Ziel zeigt sich im Feld der Mobilität. Mobilitätsoptimierung wird in der Gemeinde Schwarzenburg noch nicht thematisiert. Hier möchte die Gemeinde Schwarzenburg vor allem im Vergleich zur Stadt Bern aufholen und Massnahmen fördern, die eine nachhaltigere Mobilität fördern. Ein prioritäres Ziel der Gemeinde Schwarzenburg ist es, das Energiestadtlabel zu erhalten und somit alle fünf Jahre die Punkteanzahl, die für den Erhalt des Labels nötig ist, zu erreichen.

Gefahren, die eine Umsetzung von Massnahmen hinsichtlich erneuerbarer Energien verhindern, zeigen sich in der Gemeinde Schwarzenburg in verschiedenen Punkten. Zum einen handelt es sich beim Entschluss, Energiestadt zu sein, um einen Entscheid auf Gemeinderatsebene. Die Bevölkerung der Gemeinde sowie die Gemeindeversammlung konnten nicht über das Energiestadt-Programm entscheiden. Somit zeigen sich Ungleichheiten und Schwierigkeiten in der Akzeptanz des Energiestadt-Programms in der Bevölkerung.

Eine weitere Gefahr zeigt sich gemäss Binggeli in der Regulation des Strompreises durch die öffentlich-rechtliche Anstalt Energie Wasser Bern (EWB). Durch die Marktdominanz und den (für Gantrisch Strom) tiefen Strompreis, den EWB ansetzt, ist es für Akteure wie Gantrisch Strom nicht möglich, konkurrenzfähig und attraktiv für Kunden zu sein.

Eine weitere Gefahr zeigt sich in der Begrenztheit beziehungsweise Mobilisierbarkeit der Ressource Holz, die in der Gemeinde Schwarzenburg eine wichtige Rolle spielt.

In der Gemeinde Schwarzenburg zeigen sich einige Chancen bezüglich Massnahmen zur Förderung von erneuerbaren Energien. Die Zusammenarbeit auf interkommunaler Ebene birgt einen grossen Vorteil. In der Gemeinde Schwarzenburg finden regelmässig Weiterbildungen für Hauswarte von Liegenschaften in den Gemeinden Schwarzenburg, Rüscheegg und Guggisberg statt, bei welchen die Hauswarte auf Energiefragen geschult werden.

Eine weitere Chance zeigt sich in der Solarenergie. Durch Kommissions-Projekte wie «Energie aus der Region – Arbeit für die Region» soll eine win-win-Situation entstehen. Jeder Franken, der in effizientere Energienutzung und erneuerbare Energien investiert wird, reduziert den Geldabfluss ins Ausland, bringt mehr Versorgungssicherheit und schafft Arbeitsplätze. Als erstes Projekt installierte Gantrisch Strom Solar AG eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des ehemaligen Kurzwellensenders in Mamishaus, wovon die Gemeinde Bezüger ist.

Zudem zeigt sich eine Schwierigkeit in der Finanzierbarkeit von Projekten wie der geplanten Gebäudesarnierungen und raumplanerischen Anreizen/Massnahmen. Des Weiteren muss man die Zusammenarbeit mit Gemeinden aus dem Naturpark Gantrisch ausarbeiten und intensivieren. Die verschiedenen Faktoren der Gemeinden (z.B. Fläche, Bevölkerungszahl, Ressourcen, Finanzen) und der jeweilige Nutzen einer Zusammenarbeit für die einzelnen Gemeinden erweisen sich als eine grosse Herausforderung.

Prinzipiell lässt sich sagen, dass Massnahmen zur Förderung von erneuerbaren Energien in der Gemeinde Schwarzenburg nur umgesetzt werden und Erfolg zeigen können, wenn sie von der Gesellschaft getragen werden (Bottom-up Prozess).

### 5.1.2 Toffen

In der Gemeinde Toffen ist die Bauverwaltung für energietechnische Angelegenheiten zuständig und je nach Projekt ist eine andere Kommission für die Ausführung verantwortlich. Im Leitbild des Gemeinderates wird erwähnt, dass Toffen einen nachhaltigen Umgang mit seinen Ressourcen und der Energie anstrebt, und dass die Gemeinde eine Vorbildfunktion im Bereich der effizienten Energienutzung und im Einsatz erneuerbarer Energien übernimmt: «Toffen zeichnet sich durch einen nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen (Böden, Wasser, Luft, Landschaft, ...) und der Energie aus. Die Gemeinde übernimmt eine Vorbildfunktion in der effizienten Energienutzung und im Einsatz erneuerbarer Energie» (Gemeinde Toffen 2016 a).

Ausserdem besteht ein Wärme-Energiekonzept mit dem Ziel, für die Bauzonen einen jeweiligen prioritären Energieträger festzulegen und mögliche Perimeter für die Erstellung eines (bzw. mehrerer) Wärmeverbundes zu definieren. Dieses Konzept beruht auf der Grundlage des kommunalen Richtplans für den Kanton Bern. Es geht darum zu ermitteln, welcher Bedarf an erneuerbaren Energien besteht, und welche Möglichkeiten an welchen Standorten Sinn machen. Dabei wird die Gemeinde in verschiedene Massnahmegebiete aufgeteilt, für die jeweils der zu priorisierende Energieträger definiert wird (Gemeinde Toffen 2018). Der Gemeinderat Toffen hat im Jahr 2015 mit dem Kanton das Berner Energieabkommen abgeschlossen. Das BEakom wird in drei Stufen gegliedert. Die höchste Stufe ist das Energiestadt-Label. Dabei liegt die Gemeinde Toffen auf der Stufe eins (BEakom 2019).

Im Leitbild Energie hat der Gemeinderat folgende Leitsätze beschlossen:

- Die Gemeinde fördert und unterstützt im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Nutzung erneuerbarer Energien durch Private und Gewerbe.

- In der Gemeinde werden langfristig weitgehend erneuerbare Energien eingesetzt. Zur Sicherstellung der Unabhängigkeit sollen prioritär die lokal vorhandenen Energiequellen genutzt werden.

Im Leitbild Energie werden Entwicklungsplanung und Raumordnung, kommunale Gebäude und Anlagen, Energieversorgung und -produktion und Mobilität beschrieben und die Ziele erfasst, die die Gemeinde erreichen möchte (Gemeinde Toffen 2016 b):

Entwicklungsplanung und Raumordnung:

- Baureglement und Nutzungsplanung enthalten fortschrittliche Bestimmungen sowie situationsgerechte und angemessene Anreize zur Energieeffizienz, zur Nutzung von erneuerbaren Energien für eine sparsame und sanfte Mobilität, sowie für die innere Verdichtung.
- Bis 2035 ist der Energieverbrauch im Bereich Wohnen (Heizung und Warmwasser) um 20% reduziert. Der Anteil der erneuerbaren Energien hat sich von 20% auf 30% erhöht.

Kommunale Gebäude und Anlagen:

- Gebäude entsprechen im Minimum dem Minergie-Standard und werden mittelfristig bis zu 100% mit erneuerbaren Energien versorgt.
- Der Energie- und Wasserverbrauch wird regelmässig erhoben.
- Bei Investitionsentscheiden für Neubauten, Erweiterungen oder Sanierungen werden die Lebenszykluskosten berücksichtigt.
- Die öffentliche Beleuchtung gehört der Gemeinde und der Energieverbrauch ist gegenüber heute deutlich gesenkt.

#### Energieversorgung und Energieproduktion:

- Das Angebot der lokal nutzbaren erneuerbaren Energien ist bekannt.
- Die prioritären Energieträger sind für die einzelnen Gebiete bestimmt und, wo sinnvoll, in der Nutzungsplanung definiert.
- Dach und wo möglich Fassadenflächen werden für die Nutzung der Sonnenenergie genutzt.

#### Mobilität:

- Der Moonliner bietet weiterhin ein gutes und bedürfnisgerechtes Angebot.
- Am Bahnhof sind genügend Park & Ride Parkplätze vorhanden.
- Das Siedlungsgebiet ist für den Fuss- und Veloverkehr durchlässig.
- Die Quartierstrassen sind für den Individualverkehr zugänglich, von allfälligem Durchgangsverkehr befreit und verkehrsberuhigt.

Die Gemeinde Toffen bietet externe Energieberatungen an. Dazu wird auf Bern, Konolfingen und Schwarzenburg verwiesen. Die Gemeinde Toffen versucht bei der Umsetzung ihrer Planung die Bürgerinnen und Bürger mit einzubeziehen. Dafür werden verschiedene Infoanlässe organisiert. Bei grösseren Themen, wie beispielsweise das Abschalten der Strassenlaternen aufgrund des Projektes «Sternenpark Gantrisch», ist die Bevölkerung auch mehrheitlich mit der Umsetzung einverstanden, wie Ruth Rohr erklärt.

Bei der Umsetzung von Energiegesetzen gilt für Privatpersonen das Gesetz (die kantonale Energieverordnung und das Energiegesetz). Ausserdem sollen die Gemeindeziele der Bevölkerung als Hinweis dienen und sie zu einer nachhaltigeren Energienutzung anleiten. Diese Ziele sind jedoch nicht verbindlich. Anders ist es bei Zonen mit Planungspflicht, wo der Eigentümer verpflichtet ist, Massnahmen umzusetzen, die die Gemeinde bestimmt.

Allgemein ist das Ziel der Gemeinde Toffen, die Bevölkerung durch Sensibilisierung und Gespräche auf Alternativen aufmerksam zu machen, um daraus eine nachhaltigere Energienutzung abzuleiten.

Da die Gemeinde relativ klein ist, ist Toffen an gewisse Obligationen gebunden. Die Möglichkeiten der Gemeinde sind begrenzt, es wird darauf geachtet, dass nur das umgesetzt wird, was für die Bürgerinnen und Bürger am meisten Sinn macht. Die Gemeinden im Naturpark Gantrisch arbeiten in Energiefragen wenig zusammen. Jede Gemeinde ist politisch unabhängig und fällt eigenständige Entscheidungen. Allerdings gehen die Gemeinden aufeinander zu, wenn Fragen bestehen oder Abklärungen gemacht werden müssen, bei denen eine andere Behörde oder Kommission helfen kann. Es muss beachtet werden, dass selbst wenn das Interesse für eine Zusammenarbeit vorhanden wäre, die Gemeinden häufig geographisch zu weit auseinander liegen, und eine Zusammenarbeit aufgrund der Distanzen meist ausgeschlossen werden muss.

Die grössten Herausforderungen, die aus dem Interview mit Ruth Rohr und Bruno Beck hervorgehen, sind der ständige Wechsel und die Anpassungen der Vorgaben, die eine Gemeinde zu erfüllen hat. Vor allem die Bauverwaltung wird immer wieder mit veränderten Gesetzen und Auflagen konfrontiert, auf die sich die Gemeinde stets neu einstellen und an die sie sich anpassen muss. Diese Auflagen und Gesetze werden laut Bruno Beck die Zukunft bestimmen. Ausserdem ist es ein Problem, dass national nicht alle Gesetzesvorgaben gleich sind, wenn es beispielsweise um das Baubewilligungsverfahren geht. Ziel wäre, ein möglichst einfaches und schnelles Baubewilligungsverfahren durchführen zu können, dies wird allerdings für die Gemeinde immer schwieriger, da auf viele verschiedene Dinge geachtet werden muss. Dabei ist die Befürchtung seitens der Gemeinde gross, dass die Gesetzesänderungen und -vorgaben zunehmen werden, und es somit immer mehr Zeit kosten wird, auf einzelne Fragen der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde einzugehen.

Die Gemeinde hat Interesse, möglichst nachhaltig und effizient mit Energie umzugehen. Dabei darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass der Gemeinde aufgrund ihrer Grösse nur begrenzte Ressourcen zur Verfügung stehen. Eine Chance könnte die vermehrte Zusammenarbeit der Gemeinden der Naturparks untereinander sein. Ruth Rohr erwähnt im Interview, dass keine grosse Zusammenarbeit bestehe. Daraus lässt sich schliessen, dass die Gemeinden keine gemeinsame Plattform haben, auf der Informationen geteilt werden oder grössere Projekte zusammengeschlossen werden können. Dies liegt vor allem daran, dass jede Gemeinde eine eigene Struktur, Grösse und politische Ansichten hat. Im Energiebereich wäre es laut R. Rohr beispielsweise eine grosse Chance, wenn eine gemeinsame Industrie bestünde, z.B. eine grosse Wasserversorgung. So könnte der Rohrdurchmesser der Wasserleitungen vergrössert werden, was zu einem höheren Volumen führt, wodurch mehrere Gemeinden versorgt werden könnten. Damit sind Kosten verbunden, langfristig würde aber ein Mehrwert entstehen, wenn nur ein Pumpwerk pro Wasserversorgung, beziehungsweise für mehrere Gemeinden, Energie liefern müsste. Dies würde zudem die Stromkosten senken, die auf die Gemeinden aufgeteilt würden.

Die Gemeinde Toffen sieht die grössten Herausforderungen somit in der Umsetzung der Planung: Ruth Rohr und Bruno Beck äussern den Wunsch, dass es für Gemeinden einfacher werden soll, Gesetze und Vorlagen umzusetzen. Der Bund und der Kanton erlassen zu viele Gesetze und Vorgaben, so dass es für die unterste Stufe - die Gemeinden - eine grosse Herausforderung darstellt, all diese in der Realität exakt umzusetzen.

### 5.1.3 Gemeinde Guggisberg

Energiepolitik nimmt derzeit in der Gemeinde Guggisberg eine untergeordnete Rolle ein. So gibt es kein Energiedossier im Gemeinderat und keine Stellenprocente für den Bereich Energie in der Gemeinde. Als Hauptgrund für die marginalisierte Energiepolitik nennt der Ge-

meinderat Fabian Zwahlen die beschränkten finanziellen Ressourcen der Gemeinde. Mit 1'500 Einwohnern auf 55km<sup>2</sup> handelt es sich um eine dünn besiedelte, aber flächenmässig sehr grosse Gemeinde (zum Vergleich: Die Stadt Bern bedeckt eine Fläche von 51.6km<sup>2</sup>). Somit fallen für die Gemeinde sehr hohe Unterhaltskosten an. So müssen unter anderem 94km Gemeindestrassen, 80km Wasserleitungen, und 45km Abwasserleitungen unterhalten werden. Hinzu kommt, dass mit 55% ein überdurchschnittlich hoher Anteil der Beschäftigten im ersten, eher finanzschwachen Sektor tätig sind (schweizweiter Durchschnitt von 3.3% (Bundesamt für Statistik 2014)). Des Weiteren sind auch die zeitlichen Ressourcen (ehrenamtliche Ausübung der Gemeindepolitik) sowie die personellen Ressourcen (man hat nur einen externen Bauverwalter, der ein Mandat für die nötigsten Angelegenheiten belegt) beschränkt. Aufgrund dieser Faktoren müssen gemäss Zwahlen Prioritäten gesetzt werden. Der Bereich Energie werde dabei eher als zweitrangig betrachtet und nicht proaktiv politisiert.

Energiepolitisch hat die Gemeinde insbesondere in Form von Wärmeverbänden (auf Basis von Holzschnitzel) den Hebel angesetzt. Der Anstoss zur Förderung von Wärmeverbänden kam dabei von privater Seite. Der Gemeinderat hat sich entschieden, dieses Anliegen zu fördern, bzw. in finanzieller und organisatorischer Hinsicht zu unterstützen. Die Gemeinde versucht dabei eine Vorbildfunktion einzunehmen: So sind mittlerweile alle Liegenschaften der Gemeinde an einen Wärmeverbund angeschlossen worden. Zudem versucht die Gemeinde, mittels Informationsanlässen auch Private vermehrt in diese Verbände zu integrieren.

Betreffend der Förderung erneuerbarer Energieträger räumt Zwahlen der Ressource Holz das grösste Potenzial ein. Diese wird auch schon in Form der für den Wärmeverbund verwendeten Holzschnitzel (die aus dem Burgerwald Guggisberg stammen) rege gefördert. Weiteres Potenzial sieht Zwahlen in der bisher wenig genutzten Photovoltaik sowie in der Windenergie. Letztere hätten dank der geographischen Lage zwar ein grosses Potenzial, seien aber aufgrund der politischen Kontroversität kaum mehrheitsfähig.

Eine wesentliche Herausforderung bezüglich der Förderung einer nachhaltigen kommunalen Energiepolitik sieht Zwahlen in der Legitimation der kommunalen Investitionen und Massnahmen seitens der Bevölkerung. Sieht diese keinen eigenen Nutzen für allfällige Projekte, wie z.B. Gebäudesanierungsprogramme, können die Projekte nicht vollzogen werden. Hinzu kommt, dass man es aufgrund des relativ hohen Steuersatzes der Bevölkerung schuldig sei, dort zu investieren und Projekte zu lancieren, wo seitens der Bevölkerung am meisten Handlungsbedarf bestehe. Dass sie diesen nicht zwingend in der Förderung nachhaltiger Energieträger sieht, zeigte sich bei der Abstimmung zum revidierten Energiegesetz 2017, welches in der Gemeinde mit fast 65% Nein-Stimmen abgelehnt wurde (Staatskanzlei des Kantons Bern 2017), währenddessen die Vorlage schweizweit mit über 58% angenommen wurde (Bundeskanzlei 2017).

Ein weiteres Problem zeigt sich darin, dass Gebäudesanierungen zur Steigerung der Energieeffizienz in der Gemeinde Guggisberg aufgrund der Vielzahl alter Gebäude äusserst aufwendig und kostspielig wären, weshalb es gemäss Zwahlen schwierig sei, die Bevölkerung diesbezüglich zu überzeugen.

Hinsichtlich einer verstärkten Zusammenarbeit im Energiebereich mit anderen Gemeinden innerhalb des Naturparkperimeters Gantrisch sieht Zwahlen durchaus Potenzial, auch wenn diese Thematik auf Gemeindeebene bisher kaum diskutiert und behandelt wurde. So arbeite man bereits heute in einigen Bereichen (z.B. Schulwesen, Feuerwehr, Altersheim etc.) mit anderen Gemeinden zusammen. Interkommunale Zusammenarbeit ermögliche u.a. die Schaffung von Synergien, ein Zuwachs von Know-how, sowie eine Reduktion von Unterhalts-, Sach- und Immobilienkosten. Allerdings zeige sich bei neuen interkommunalen Zusammenarbeiten der «Dörfligeist» der Bevölkerung immer wieder. So bevorzuge man oftmals den Status-Quo gegenüber neuen Ideen, Zielen und Projekten. Auch die parteipolitische Zusammensetzung im Gemeinderat habe gemäss Zwahlen einen Einfluss auf die Lancierung neuer

Projekte. Basierend auf der aktuellen Konstellation sieht Zwahlen in näherer Zukunft keine grösseren energiepolitischen Bestrebungen und Projekte auf Gemeindeebene.

#### 5.1.4 Gemeinde Rüscheegg

In der Gemeinde Rüscheegg obliegt die Energiepolitik auf politischer Ebene dem Gemeinderat. Der Gemeinderat ist in Ressorts organisiert, welche auf die sieben Mitglieder verteilt werden. Die Energiepolitik ist einerseits dem Ressort Volkswirtschaft (zuständig für den Einkauf von Strom und für die Wärmeverbände) und dem Ressort Umwelt und Raumentwicklung (zuständig für die Energieplanung bzw. Energiegesetzgebung im Baubewilligungsverfahren) unterstellt. Dem Gemeinderat direkt unterstellt ist die Bauverwaltung, bestehend aus einer Person, die die laufenden Baubewilligungen beurteilt und sich zudem mit Energiefragen auseinandersetzt. Zusätzlich beratende Funktion in der Energiepolitik hat die Bau- und Planungskommission, bestehend aus sieben Mitgliedern, welche zusammen mit der Bauverwaltung Baugesuche prüfen und Baubewilligungen erteilen. Da sich sehr viele Themen in der Gemeinde auf die Bauverwaltung konzentrieren, wie beispielsweise die Baubewilligungen, sowie Abfall und Entsorgung oder Strassensanierungen, bleibt für die Energiepolitik nur beschränkt Zeit. Deswegen kann nicht genau beziffert werden, wie viel Zeit für das Thema Energie aufgewendet wird. Es kann gesagt werden, dass das Thema Energie aus den oben genannten Gründen in der Gemeinde Rüscheegg eine eher untergeordnete Rolle spielt und vor allem thematisiert wird, wenn grössere Bauprojekte oder Gebäudehüllesanierungen der Gemeindeliegenschaften anstehen.

Aus den oben genannten Gründen verfügt die Gemeinde nicht über ein Energieleitbild, hat jedoch im allgemeinen Gemeindefleitbild die Förderung von erneuerbaren Energien als Ziel formuliert. Daraus folgte, dass vor sieben Jahren die Erarbeitung eines kommunalen Energieleitbildes geprüft wurde. Das Projekt wurde sowohl in der Bau- und Planungskommission

als auch im Gemeinderat eingehend diskutiert und dann verworfen, weil der Aufwand und die Kosten zu hoch waren.

Auch wenn die Gemeinde Rüscheegg nicht über einen kommunalen Energierichtplan verfügt, sieht Markus Hirschi eine Vorbildfunktion der Gemeinde im Bereich Energie. Im Interview nennt Hirschi einige Beispiele, bei denen die Gemeinde vorbildlich im Bereich Energie agierte. So hat die Gemeinde mitgeholfen, einen Wärmeverbund aufzubauen und schloss Gemeindeliegenschaften wie das Altersheim oder das Schulhaus an. Bei einem anderen Wärmeverbund konnte die Gemeinde zwar nicht finanziell unterstützen, hat jedoch die Gemeindeliegenschaften, soweit dies möglich ist, angeschlossen und empfiehlt dies auch Hauseigentümern, die in diesem Dorfteil bauen. Weiter ist die Gemeinde bestrebt, ihre Liegenschaften durch Gebäudehüllesanierungen energieeffizient zu machen. Grössere Projekte in der Energiepolitik liegen jedoch aufgrund der begrenzten finanziellen Möglichkeiten nicht drin. Die Strassenbeleuchtung ist an dieser Stelle als Beispiel zu erwähnen, aufgrund der Finanzen konnte die Gemeinde nicht alle Lichtpunkte auf LED umstellen. Solche Projekte werden dann etappiert, damit die Finanzen nicht zu sehr belastet werden. Im Rahmen der Möglichkeiten versucht die Gemeinde jedoch in Sachen Energie Ziele der Energiestrategien umzusetzen. Zudem achtet die Gemeinde auf eine strikte Umsetzung der Energiegesetzgebung.

Neben den Finanzen sieht der Gemeindepräsident von Rüscheegg noch andere Herausforderungen im Bereich Energie auf die Gemeinde zukommen. So verfügt ein Teil des Siedlungsgebietes von Rüscheegg noch über eine Stromheizung. Diese werden vom Kanton Bern im Jahr 2021 verboten. Gemäss Hirschi überlegt man sich auch hier, einen Wärmeverbund aufzubauen, allerdings laufen die Abklärungen noch, und eine Entscheidung ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gefallen. Es werden noch weitere Untersuchungen gemacht, welche Form der Energie sich in diesem Gebiet am besten eignen würde. Hieraus ergibt sich eine weitere Herausforderung der Gemeinde Rüscheegg. Die Gemeinde ist flächenmässig gross und hat eine Streusiedlung, das heisst, dass einerseits ein Dorfzentrum fehlt und andererseits die

Bauernhöfe und Wohnhäuser teilweise weit auseinander liegen. Diese grossen Distanzen machen es schwieriger, viele Häuser an Wärmeverbünde anzuschliessen. Dasselbe Problem ergibt sich auch bei einer Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden. Laut Hirschi sei dies nicht möglich, weil die Distanzen zwischen den besiedelten Gebieten zu gross sind.

Potenzial sieht der Gemeindepräsident im grossen Waldvorkommen der Gemeinde Rüscheegg, über 50% des Gemeindegebietes bestehen aus Wald. Die errichteten Wärmeverbünde beziehen ihr Holz aus dem heimischen Wald. Dies macht ökologisch Sinn, weil die Transportwege so kurz sind. Hirschi ist überzeugt, dass Wärmeverbünde in dichterbesiedelten Gebieten der Gemeinde Potenzial haben. Deswegen hat Rüscheegg in den letzten Jahren auch in den Forst investiert. Unter anderem konnte der Rüscheegger Forst ein neues Forstfahrzeug kaufen und ein Holzschnitzzellager wurde gebaut. Mit diesen Massnahmen wurde der Forstbetrieb von Rüscheegg effizienter. In der Forstwirtschaft hat man allerdings das Problem, dass der Holzpreis tief ist, weswegen sich Holzschlag nur bedingt lohnt. Trotzdem ist Holz der wichtigste Energieträger für die Gemeinde Rüscheegg.

### 5.1.5 Zusammenfassung der Ergebnisse auf kommunaler Ebene

Die Ergebnisse der Arbeit wurden durch die Berücksichtigung der Interviewantworten sowie der jeweiligen Webseitenanalysen ausgewertet. In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Interviews und der Webseitenanalyse nicht separat analysiert, sondern beide Teile gleichberechtigt zusammengenommen, um daraus die Analyse zu entwickeln.

Durch den Vergleich der Interviews/Webseitenanalysen der Gemeinden untereinander ergaben sich vier Punkte, die am meisten erwähnt wurden und in allen vier Gemeinden immer wieder zur Sprache kamen: Status Quo, Umsetzung/Instrumente, Ziele und Gefahren/Chancen/Herausforderungen.

| <b>Gemeinde</b>                | <b>Schwarzenburg</b>  | <b>Toffen</b>  | <b>Guggisberg</b>  | <b>Rüschegg</b>  |
|--------------------------------|---|--|--|--|
| <b>Status Quo</b>              | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kommission für Tiefbau und Umwelt, Energiekommission</li> <li>• BEakom als Voraussetzung für Energietadlabel</li> <li>• Erhalt des jetzigen Zustandes mit Kontrolle alle fünf Jahre</li> <li>• Wärmeverbund</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bauverwaltung für Energiefragen zuständig</li> <li>• BEakom Stufe 1</li> <li>• Projekt Ganttrisch erneuerbar nicht prioritär</li> <li>• Energiekonzept Wärme</li> <li>• Wärmeverbund</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Marginalisierte kommunale Energiepolitik</li> <li>• Kein Energieresort innerhalb der Gemeinde</li> <li>• Externer Bauverwalter</li> <li>• Wärmeverbund</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kleine personelle und finanzielle Ressourcen</li> <li>• Wärmeverbünde</li> <li>• Energieeffiziente Sanierungen</li> </ul>   |
| <b>Umsetzung / Instrumente</b> | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Zusammenarbeit mit Energieberatung und externen Fachleuten</li> <li>• Sensibilisierung Grundeigentümer</li> <li>• Solarkataster</li> <li>• Weiche Instrumente</li> </ul>   | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einbezug der Bevölkerung in grössere Projekte</li> <li>• Energieberatung in Zusammenarbeit mit Schwarzenburg und Konolfingen</li> </ul>   | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhaltung kantonaler Vorschriften</li> <li>• Information und Sensibilisierung</li> </ul>  | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Energieberatung</li> <li>• Energieeffizientes Bauen</li> <li>• Sensibilisierung der Bevölkerung durch Vorbildfunktion</li> <li>• Sensibilisierung von Bauherren durch den Bauverwalter</li> </ul> |
| <b>Ziele</b>                   | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Zusammenarbeit mit Energieberatung und externen Fachleuten</li> <li>• Sensibilisierung Grundeigentümer</li> <li>• Solarkataster</li> <li>• Weiche Instrumente</li> </ul>   | <ul style="list-style-type: none"> <li>• BEakom Stufe 2</li> <li>• Erneuerbare Energien durch Private und Gewerbe</li> <li>• Das Einsetzen von erneuerbaren Energien auf lange Sicht</li> </ul>  | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausweitung des Wärmeverbunds</li> </ul>   | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung erneuerbaren Energien</li> </ul>  |
| <b>Chancen und Gefahren</b>    | <p><b>Chancen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Interkommunale Zusammenarbeit</li> </ul>  | <p><b>Chancen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vermehrte Zusammenarbeit</li> </ul>  | <p><b>Chancen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erneuerbare Energien aus</li> </ul>  | <p><b>Chancen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bau von Parkplätzen mit</li> </ul>   |

|   |  |  |   |   |
|---|--|--|---|---|
| <p>menarbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Solarenergie</li> </ul> | <p><b>Gefahren/Herausforderungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• EWB kontrolliert Strompreis</li> <li>• Gemeinderatsentschluss über Energiestadt-Programm (fehlender Bottom-up Prozess)</li> <li>• Mobilisierung von Holz</li> <li>• Mobilisierung und Sensibilisierung der Bevölkerung</li> <li>• Finanzierbarkeit</li> <li>• Akzeptanz der Bevölkerung</li> <li>• Anreize für Investoren schaffen</li> </ul> | <p>mit anderen Gemeinden → langfristige Kostensenkung durch gemeinsame Projekte</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erneuerbare Energien aus eigener Quelle</li> </ul> <p><b>Gefahren/Herausforderungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ständige Gesetzeswechsel → neues Anpassen</li> <li>• Distanzen zwischen den Gemeinden</li> <li>• Das Thema Energie hat nicht bei allen Bürgerinnen und Bürgern oberste Priorität</li> </ul> | <p>eigener Quelle (insbesondere Holz)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kompetenzzuwachs bei enger interkommunaler Zusammenarbeit</li> </ul> <p><b>Gefahren/Herausforderungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Beschränkte finanzielle, zeitliche, personelle Ressourcen</li> <li>• Akzeptanz der Bevölkerung</li> <li>• Konservative Ausrichtung: Parteilpolitische Zusammensetzung und politische Orientierung</li> </ul> | <p>Ladestationen für Elektroautos</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Potential bei den Energieträgern Holz und Wasser</li> </ul> <p><b>Grenzen/Herausforderungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Finanzierbarkeit</li> <li>• Erarbeiten eines Energierichtplans und Unterschrift BEakom</li> <li>• Streusiedlung erschwert Zusammenarbeit</li> <li>• Zusammenarbeit mit Gemeinden aufgrund von Distanzen</li> </ul> |
|---|--|--|---|---|

Tabelle 1: Zusammenfassung der Ergebnisse auf kommunaler Ebene

## 5.2. Regionale Ebene

Durch die Analyse des Energiekonzeptes des Naturparks Gantrisch und das Interview mit Christoph Kauz, Geschäftsführer des Naturparks Gantrisch, wird dargestellt, welche Visionen der Naturpark im Bereich Energie hat, wie diese erreicht werden sollen, wie der Naturpark die Gemeinden in der Energiewende unterstützen kann und welche Erwartungen der Naturpark an die Gemeinden hat.

Der Naturpark hat im Jahr 2014 das Projekt «Gantrisch erneuerbar» in die Vierjahresplanung aufgenommen. Die Vierjahresplanung wird jeweils von Bund, Kanton und Gemeinden geprüft und dann verabschiedet. Ziel der Vierjahresplanungen ist es, mit den darin enthaltenen Projekten Gelder von Bund und Kanton zu generieren. Mit dem Projekt «Gantrisch erneuerbar» sollen Aktivitäten des Naturparks im Bereich Energie erreicht werden, die sich mit der Produktion und Vermarktung erneuerbarer Energien auseinandersetzen. Ziel des Projekts ist es, eine regionale Gesamtenergiestrategie zu erarbeiten und Pilotprojekte zu lancieren. Gemäss Christoph Kauz hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass es zunehmend schwieriger wurde, mit vielen verschiedenen Projekten Gelder von Kanton und Bund zu generieren. Zudem würden die Gemeinden im Naturpark Gantrisch den Naturparkprojekten häufig skeptisch gegenüberstehen. In der neuen Fünfjahresplanung hat man entschieden, das Projekt «Gantrisch erneuerbar» zurückzusetzen und mit dem Projekt «Parkinnovation» zusammenzulegen, damit die vorhandenen Synergien sinnvoll genutzt werden können. Daraus entsteht das neue Projekt «Netzwerk Nachhaltige Wirtschaft». Dieses Projekt wird 2020 gestartet und läuft bis 2024. Ziel dieses Projektes ist es, nachhaltiges wirtschaftliches Handeln in der Naturparkregion zu fördern und zu verbreiten. Dies beinhaltet unter anderem die Förderung nachhaltiger Technologien und Wirtschaftsbereiche. Im Fokus steht die Förderung erneuerbarer Energien und das Fördern des Wissens zur Optimierung des Energieverbrauchs.

Aus dem Projekt «Gantrisch erneuerbar» hat die Geschäftsstelle des Naturparks ein Energiekonzept entwickelt. Gemäss Christoph Kauz hat man sich bewusst gegen die Erarbeitung ei-

ner regionalen Energiestrategie entschieden, da es diese bereits auf Bundes- und Kantonebene gibt. Zudem bestehen die Vorwürfe der Gemeinden des Naturparks, dass diese Energiestrategien keine eingreifenden Massnahmen zur Folge haben, sondern nur Kapazitäten kosten. Aus diesen Gründen wurde ein Konzept verfasst, das in erster Linie als Arbeitsgrundlage für den Naturpark dient und nicht als Leitfaden für die Gemeinden entwickelt wurde. Dies hat zur Folge, dass die Energiestrategie nur vom Vorstand des Fördervereins Gantrisch genehmigt und nicht in die Vernehmlassung der Gemeinden geschickt werden muss. Daraus ergibt sich, dass das Konzept der Energiestrategie den Gemeinden mehrheitlich unbekannt ist. In diesem Energiekonzept stellt der Naturpark eine Vision für den Perimeter auf, die lautet: «Die Region Gantrisch ist energieautark.» (Energie im Naturpark Konzept 2018). Im Folgenden werden weitere Visionen genannt (Energie im Naturpark Konzept 2018):

- Installation von Solaranlagen auf jedem Dach im Naturpark Perimeter
- Verbieten von Ölheizungen
- Naturpark als Stromproduzent für Abnehmer ausserhalb des Perimeters.

Gemäss Christoph Kauz strebt man an, diese durch den Naturpark formulierten Ziele in Zusammenarbeit mit den Gemeinden umzusetzen. Die Handlungsspielräume des Naturparks bezüglich Umsetzung der Energiepolitik sind begrenzt, da es die Aufgaben der Gemeinden sind, energiepolitisch aktiv zu sein. Der Naturpark hat im Energiekonzept vier Handlungsfelder definiert, mit welchen er einen Beitrag zur Energiewende leisten kann. Die vier vom Naturpark entwickelten Handlungsfelder werden im Folgenden kurz erläutert und mit Aussagen von Christoph Kauz ergänzt:

- Beobachten: «Das Verfolgen von Entwicklungen in der Energiepolitik, des Energiemarktes und von neuen Technologien kann durch den Park dokumentiert werden» (Energie im Naturpark Konzept 2018). In diesem Handlungsfeld sammelt der Naturpark Daten, die für die Gemeinden als Grundlagen und Orientierung für die Energiepolitik dienen können.

- Zusammenarbeit fördern: «Als Kernaufgabe des Naturparks ist auch im Bereich Energie das Zusammenbringen von verschiedenen Akteuren von grosser Bedeutung» (ebd.). In diesem Handlungsfeld sieht es der Naturpark als seine Aufgabe, die verschiedenen Akteure zusammenzubringen. Das Projekt IG Gantrisch Strom wird beispielsweise vom Naturpark begleitet, wodurch ein Kontakt mit der BKW und mit der EWB hergestellt wurde. Aktuell wird gemäss Kauz die Idee verfolgt, mit der EWB zusammenzuarbeiten. Ziel ist es, den in der Region des Naturparks Gantrisch produzierten Strom in der Stadt Bern zu verkaufen. So hätten Stadtberner die Möglichkeit, erneuerbare Energie aus der Region zu beziehen.
- Lernen: «Die Information und Sensibilisierung der Bevölkerung bringt langfristig Veränderungen im Umgang mit Energie und stellt eine der wenigen Handlungsmöglichkeiten bezüglich Reduzierung des Energieverbrauchs dar» (ebd.). Im Bereich Lernen will der Naturpark in erster Linie die Bevölkerung sensibilisieren und informieren, wie sie aktiv den Energieverbrauch reduzieren kann. Im Mai 2019 haben beispielsweise die «Tage der Sonne» stattgefunden, bei denen die Bevölkerung auf spielerische Art und Weise erfahren konnte, was Sonnenenergie alles leisten kann.
- Unterstützung von Projekten: «Werden durch Gemeinden oder Pioniere konkrete Projekte angegangen, kann der Naturpark Unterstützung bieten» (ebd.). Wenn konkrete Projekte geplant sind, kann der Naturpark in der Umsetzung oder dem Einholen von Geldern Unterstützung bieten. Der Naturpark hat Erfahrung in der Projekteingabe und Formulierung. Zudem weiss der Naturpark, wo man Gelder fordern und einholen kann.

Dies sind Handlungsfelder, in denen der Naturpark die Gemeinden in der Energiewende unterstützen kann. Gemäss Kauz ist der Naturpark daran interessiert, dass die Gemeinden die Energiestrategien umsetzen, wobei der Naturpark nur unterstützend wirken kann. Dies zeigte sich in den letzten Jahren auch mit dem Projekt «Gantrisch erneuerbar». Je mehr eigene Pro-

jekte der Naturpark aktiv lancierte, desto mehr kam er unter Druck. Christoph Kauz erwähnte im Interview das Projekt zur Förderung von Windenergie im Naturparkperimeter. Es wurde kritisiert, dass der Naturpark auf der einen Seite die Landschaft schützen will und gleichzeitig Windräder baut, die nicht in die Landschaft des Naturparks passen. Aus diesem Grund sei man gemäss Kauz in den letzten Jahren mit eigenen Projekten vorsichtiger geworden und konzentriere sich mehr auf die oben genannten Handlungsfelder. Trotzdem sei es das Ziel, als Naturpark eine Plattform bieten zu können, die solch kontroverse Diskussionen führt und entscheidet, ob ein Windrad an einem anderen Ort Sinn machen würde.

Der Naturpark solle gemäss Kauz nicht grundsätzlich gegen alles sein, was dem Landschaftsbild widerspreche. Das sei auch eine Erwartung an die Gemeinden, man solle den Naturpark nicht als Verhinderer von innovativen Energieprojekten sehen. Die Gemeinden sollen bei Energieprojekten beim Naturpark um Unterstützung fragen. Ziel des Naturparks ist es, in allen Fragen gemeinsam mit allen Akteuren von Gemeinden, Kanton, Bund und Bevölkerung die beste Lösung für die Region zu finden.

## Kapitel 6: Erkenntnisse und Diskussion

Die inhaltsgerechten Protokolle der vier Gemeinden wurden mit Hilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse untersucht. Dabei wurde in den Interviewantworten nach Regelmässigkeiten gesucht. Häufig genannte Inhalte wurden Kategorien zugeordnet, die anschliessend im Erkenntniskapitel näher beleuchtet wurden. Nach Beendigung der Analyse wurde das Vorgehen wiederholt. Dadurch wird die sogenannte «Intracoder-Übereinstimmung» gewährleistet. Stimmt das Ergebnis der zweiten Inhaltsanalyse mit der ersten überein, ist das Kriterium der Objektivität erfüllt. Dieses Vorgehen spielt insbesondere bei der induktiven Kategorienbildung eine zentrale Rolle. Erst nach Abschluss der Analyse kam es im Erkenntniskapitel zur Interpretation des Datenmaterials. Die Kategorien der Inhaltsanalyse wurden ohne jegliches Interpretieren erstellt (Mayring & Fenzl 2014).

### 6.1 Kommunale Erkenntnisse

#### 6.1.1 Pragmatismus

Eine erste Erkenntnis, die aus den Interviews hervorgeht, ist, dass die Gemeinden sehr oft pragmatisch und eigennutz-orientiert handeln. Ein Beispiel für pragmatisches Handeln findet man in der Gemeinde Schwarzenburg. Die Infrastrukturanpassung an eine nachhaltige Nutzung von erneuerbaren Energien findet erst statt, wenn die Gebäude sowieso saniert werden müssten. Die Priorität der Verwendung von erneuerbaren Energien ist noch nicht dominant genug, um direkt umgesetzt zu werden. Dabei wird oft mit fehlenden finanziellen Mitteln argumentiert. Es zeigt sich zudem aus den Interviews, dass die interkommunale Zusammenarbeit noch Verbesserungspotenzial hat. So sehen Gemeinden wie Schwarzenburg und Toffen keine Vorteile in der Zusammenarbeit mit bezüglich erneuerbaren Energien weniger fortgeschrittene Gemeinden. Die Zusammenarbeit begrenzt sich lediglich auf Informationsaustausch und wenige Weiterbildungen, die interkommunal stattfinden. Ausserdem wurde immer wie-

der erwähnt, dass die Gemeinden nicht zusammenarbeiten würden, da keine Gemeinde der anderen in ihr Handeln eingreifen will. Daran zeigt sich, dass die Gemeinden ein falsches Bild von Zusammenarbeit haben: «Zusammenarbeit» sollte ein gemeinsames Projekt sein, das für beide Gemeinden förderlich ist, ohne der anderen Gemeinde etwas vorschreiben zu müssen. Kompromisse sind bei einer Zusammenarbeit unvermeidbar und gemeinsame Nenner müssen gefunden werden, die allen Akteuren entsprechen. Trotzdem sollte die Autonomie einer Gemeinde nicht als Hindernis für eine Zusammenarbeit gesehen werden.

### 6.1.2 Kommunikation

In den Interviews hat sich gezeigt, dass viele Gemeinden nicht gross über die Tätigkeiten und Aufgabenfelder des Naturparks Gantrisch informiert sind. Die Gemeinden kennen zwar den Naturpark als Institution, jedoch ist dieser nicht präsent genug, damit der Naturpark und die Idee der Energiewende und «Gantrisch erneuerbar» ein aktuell häufig diskutiertes Thema bei den Gemeinden wäre. Wenn die Informationen vom Naturpark gegenüber den Gemeinden fehlen, fördern die Gemeinden die Energiewende von sich aus nicht, da sie keinen Anlass dazu haben. Vom Naturpark muss deshalb mehr initiiert werden, was seine eigentlichen Ziele bezüglich der Energiewende sind, um den Gemeinden einen Grund zu geben, sich mehr für erneuerbare Energien einzusetzen. Ohne die Initiative vonseiten des Naturparks sehen die Gemeinden keinen Handlungsbedarf, die Energiewende zu fördern. Toffen und Schwarzenburg sind zwar bereits sehr energiefortschrittlich, jedoch nicht aufgrund der Unterstützung des Naturparks. Deshalb gehen die Gemeinden nicht auf den Naturpark zu, wenn sie ein Anliegen oder ein Problem haben. Der Naturpark ist zwar als Institution vorhanden, lässt die Gemeinden aber auf sich zukommen, statt auf diese zuzugehen. Im Interview mit Christoph Kauz stellte sich zwar heraus, dass der Naturpark wenig Erfolg hatte, wann immer er mit Ideen auf die Gemeinde zugegangen ist, weshalb der Naturpark wartet, bis die Gemeinden von sich aus die Initiative ergreifen. Der Naturpark hat deshalb die Aufgabe, den Gemeinden mehr Unter-

stützung zu bieten und seine Institution stärker und dominanter zu präsentieren, damit das Leitbild des Naturparks bezüglich Energie besser in den Gemeinden umgesetzt werden kann. Um dieses in den Gemeinden umzusetzen, wäre auch eine gesetzliche Vorgabe für den Naturpark von Vorteil, so wären die Gemeinden verpflichtet, die Energiewende anzugehen.

Das Problem dabei ist die Kommunikation zwischen dem Naturpark und den Gemeinden: Durch die beschränkte Kommunikation zwischen dem Naturpark und den Gemeinden, bzw. durch die Befürchtungen des Naturparks, dass die Gemeinden vor neuen Ideen zurückweichen, legen die Gemeinden wenig Priorität auf eine Energiewende. Der Naturpark unterstützt zwar, wenn Gemeinden Ideen umsetzen möchten, jedoch sind diese Ideen meist pragmatischen Ansatzes und werden umgesetzt, wenn es einen Vorteil für die Gemeinde bringt und nicht, weil die Gemeinde prioritär die Energiewende des Naturparks fördern will. Wenn eine Energiewende erfolgen soll, muss der Naturpark mehr Initiative ergreifen und mehr Aufklärungsarbeit gegenüber den Gemeinden leisten und weniger Befürchtungen hegen, dass die Gemeinden vor den Ideen des Naturparks zurückweichen könnten. Nur so kann ein ökologisches Umdenken erreicht werden.

Eine weitere Erkenntnis sind die Handlungen der Gemeinden, bzw. der Gemeinderäte. Oft werden Entscheidungen von den Gemeinderäten übernommen, ohne mit der Bevölkerung Rücksprache zu halten (in der Gemeinde Schwarzenburg beispielsweise zeigte sich, dass das Energiestadt-Label vom Gemeinderat bestimmt wurde, ohne die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde vorgängig zu ihrer Meinung zu befragen). Einerseits ist es verständlich, dass der Gemeinderat gewisse Entscheidungen übernimmt, da die Bevölkerung oftmals kein Interesse an gewissen Angelegenheiten hat, so dass es für die Bürgerinnen und Bürger nichtig ist, welche Entscheidungen auf welcher Ebene getroffen werden, andererseits ist dies auch problematisch, da eine Energiewende nur erzeugt werden kann, wenn nicht nur die Politik, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger zu einem nachhaltigeren Energiemanagement beitragen. Von den Einzelpersonen kann ebenso ein Umdenken erreicht werden, wie von der politischen

Ebene aus. Dazu ist einerseits die Kommunikation der Gemeinde mit deren Bürgerinnen und Bürgern wichtig, andererseits auch die Kommunikation zwischen dem Naturpark und den Gemeinden. Zudem hat der Naturpark Gantrisch das Projekt «Gantrisch erneuerbar» für sich beschlossen, ohne Rücksprache mit den Gemeinden zu halten. Daraus resultiert nun, dass das Projekt nicht rentierte und im Jahr 2020 das Projekt «Gantrisch erneuerbar» von der Geschäftsleitung abgeschlossen und nun mit dem Projekt «Netzwerk nachhaltige Wirtschaft» zusammengelegt wird.

### 6.1.3 Ressourcenausstattung

Gemeinden sind die kleinsten politischen Einheiten in der Schweiz. Dementsprechend beschränkt ist auch die Ressourcenausstattung in gewissen Gemeinden, weshalb sie mit zahlreichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Auch die zunehmende Anzahl und Komplexität der Gemeindeaufgaben stellt eine Herausforderung dar und hat einen negativen Einfluss auf die finanzielle Ressourcenausstattung der Gemeinden. Die fehlenden finanziellen Mittel verunmöglichen oft ein verstärktes Engagement in der kommunalen Energiewende. Eine Energiewende ist zum Teil mit grossen monetären Investitionen verbunden. So werden Privatpersonen oft erst aufgrund finanzieller Anreize aktiv und entscheiden sich für energiesparende Alternativen. Die Einsicht der Gemeinden, als Vorbild zu agieren ist vorhanden, ist aber auch mit Ausgaben verbunden. So werden öffentliche Liegenschaften bei Erstellung oder Renovationen oft energetisch saniert, um den Stromverbrauch zu reduzieren. Die Beteiligung an Holzschnitzel-Wärmeverbänden oder die Erstellung und Umsetzung des Energiekonzepts sind ebenfalls mit hohen Kosten verbunden. Die finanzielle Ressourcenausstattung der verschiedenen Gemeinden gestaltet sich sehr unterschiedlich. Auf Basis der Datenerhebung verfügt die Gemeinde Toffen über ausreichend finanzielle Mittel, während die Gemeinde Guggisberg in dieser Hinsicht Probleme hat.

Die personelle Ausstattung der Gemeinden ist für komplexe Aufgaben oft nicht ausreichend. Zum einen mangelt es an Personal, zum anderen sind oftmals die Kompetenzen bzw. das energiepolitische Wissen nicht vorhanden. Dies kann auf die milizartigen Strukturen der Gemeinden zurückgeführt werden. Die Gemeinde Guggisberg bspw. verfügt über kein Energieressort, was an der personellen Ausstattung oder der minderen Priorität der Energiethematik liegen kann.

#### 6.1.4 Priorität

Die kommunale Energiewende wird in den Gemeinden mit relativ niedriger Priorität behandelt. Dies kann zahlreiche und vielfältige Ursachen haben. Bei der Gemeinde Guggisberg liegt die Ursache z.B. in der Gemeindedemographie, der geographischen Ausgangslage und in der finanziellen Ressourcenausstattung. Die Gemeinde hat mit zentralen und verständlicherweise auch wichtigeren Herausforderungen zu kämpfen. Hier müssen bspw. auf Grund der grossen räumlichen Ausdehnung der Gemeinden 94km Gemeindestrassen und 80km Wasserleitungen unterhalten werden, hinzu kommt, dass dieser Aufwand von lediglich 1'500 Einwohnern finanziert werden muss. Oftmals liegt der Fokus der Gemeinden gezwungenermassen auf dem Tagesgeschäft und nicht auf der kommunalen Energiewende. Die finanziellen Ressourcen der Gemeinden werden, auch auf Druck der Gemeindebevölkerung, für die Tagesgeschäfte und offensichtliche Probleme investiert. Aber auch in Gemeinden mit ausreichend finanziellen Mitteln besitzt die Energiewende teilweise nicht die höchste Priorität, was am Beispiel der Gemeinde Toffen ersichtlich ist. Die Gewinnorientierung von Investitionen spielt dabei eine grosse Rolle, sei es bei finanzstarken oder finanzschwachen Gemeinden. Investitionen in nicht profitable Projekte für die Bevölkerung werden von dieser nicht gerne gesehen. Über grössere Ausgaben entscheiden zum Teil auch die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinden, welche energiepolitische Massnahmen aufgrund eben dieser Gewinnorientierung wiederholt ablehnen.

Bei allen vier befragten Gemeinden nimmt die stimmberechtigte Bevölkerung in Form der Gemeindeversammlung die Funktion der Legislative und somit die Position der potenziellen Veto-Spielerin ein. Deshalb hat der Gemeinderat bei der Ausarbeitung der politischen Agenda jeweils die Hauptanliegen der Bevölkerung zu berücksichtigen, wenn er auf eine kommunale Blockadepolitik verzichten möchte. Die momentanen Hauptanliegen der Bevölkerung der vier befragten Gemeinden sind eher konservativer Natur. Bezogen auf den Energiebereich zeigte sich dies unter anderem bei der eidgenössischen Volksabstimmung über das neue Energiegesetz (EnG) vom Jahr 2017, bei der es insbesondere um die Steigerung der Energieeffizienz, den Ausbau erneuerbarer Energieträger, sowie den Ausstieg aus der Kernenergie ging. Schweizweit wurde die Abstimmung mit 58.1% Ja-Stimmen angenommen, währenddessen sie von drei der vier in dieser Studie befragten Gemeinden (teils deutlich) abgelehnt wurde. Des Weiteren könnte die niedrige Stimmbeteiligung in den Gemeinden Guggisberg und Rüscheegg ein Indiz dafür sein, dass die Bevölkerung dem Thema Energie wenig Relevanz zuordnet.

|               | Stimmbeteiligung EnG 2017<br>(in %) | Nein-Stimmen EnG 2017 (in %) |
|---------------|-------------------------------------|------------------------------|
| Guggisberg    | 31.55                               | 64.41                        |
| Rüscheegg     | 33.62                               | 57.14                        |
| Schwarzenburg | 37.72                               | 48.56                        |
| Toffen        | 59.95                               | 53.71                        |
| Kanton Bern   | 41.07                               | 44.50                        |
| Schweiz       | 42.40                               | 41.80                        |

Tabelle 2: Stimmbeteiligung und Nein-Anteil von EnG 2017 (basierend auf Bundeskanzlei 2017 und Staatskanzlei des Kantons Bern 2017).

## 6.2 Regionale Erkenntnisse

Der Naturpark Gantrisch setzt sich in der Energiepolitik hohe Ziele, verfügt jedoch nur über beschränkte Mittel. Er kann keine eigenen Energieprojekte durchführen, wie beispielsweise die Installation von Photovoltaikanlagen auf den Dächern im Naturparkperimeter. Als Förderinstrument ist der Naturpark nicht Projektträger, sondern lediglich Unterstützer von Energieprojekten. Diese Unterstützung zeigt sich insbesondere in der Bereitstellung einer Plattform, welche breite Diskussionen unter den unterschiedlichsten Akteuren ermöglicht. Das energiepolitische Engagement des Naturparks ist den Gemeinden jedoch weitgehend unbekannt. Die Anstrengungen des Naturparks werden von den Gemeinden kaum wahrgenommen. So sind die vom Naturpark organisierten Informationstage, wie beispielsweise «Tage der Sonne», den Gemeinden grösstenteils fremd. Der Austausch zwischen dem Naturpark und den Gemeinden findet derzeit nur in Form allgemeiner und unverbindlicher Veranstaltungen, wie z.B. das Gemeindepräsidien-Treffen oder das Gantrisch Café statt. Letzteres ist eine mehrmals im Jahr stattfindende Veranstaltung, bei der sich Personen aus Politik und Verwaltung über verschiedene Themen im Naturpark austauschen.

Die Interviews mit den Gemeinden zeigen, dass sich die Visionen und Ziele des Naturparks deutlich von der energiepolitischen Realität der Gemeinden unterscheiden. Die Gemeinden stehen in der kommunalen Energiewende in einer früheren Phase als vom Naturpark angenommen. Die Vision, eine vorbildliche Energieregion zu realisieren, hat kaum Chancen. Nur wenige Gemeinden verfügen über eine vorbildliche Energiepolitik. Zudem zeigen die Gemeinden aus den zuvor genannten Gründen oftmals zu wenig Interesse an der Förderung der kommunalen Energiewende.

## Kapitel 7: Schlussfolgerungen

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass seitens der Gemeinden die Herausforderungen und Grenzen hinsichtlich einer zukünftigen nachhaltigen Energiestrategie stärker gewichtet werden als mögliche Chancen oder Potentiale. So legen die Gemeinden aufgrund ihrer beschränkten finanziellen, zeitlichen und personellen Ressourcen den Fokus auf das dringende Tagesgeschäft und auf die Hauptanliegen der Bevölkerung. Letztere zielen eher auf das Bewahren der bisherigen Strukturen ab und stehen einer kommunalen Energiewende eher kritisch gegenüber, wie es sich u.a. bei der Abstimmung zum revidierten Energiegesetz gezeigt hat.

Unterstützung bezüglich einer Förderung nachhaltiger Energiepolitik bräuchten die Gemeinden vor allem in finanzieller Hinsicht, welche jedoch der Naturpark nicht leisten kann. Des Weiteren liegt eine weitreichende Diskrepanz zwischen den energiepolitischen Zielen und Visionen des Naturparks Gantrisch und denjenigen der Gemeinden vor. Dies zeigt sich insbesondere darin, dass das Energiekonzept des Naturparks ausschliesslich vom Förderverein Gantrisch und losgelöst von kommunalen Zielsetzungen ausgearbeitet wurde. Der Austausch zwischen dem Naturpark und den Gemeinden findet derzeit nur in Form allgemeiner und unverbindlicher Veranstaltungen statt (vgl. Kapitel 6.2).

Bezogen auf den Energiebereich könnte der Austausch künftig in Form eines Energieforums gestärkt werden, bei welchem gemeinsame Interessen gebündelt und nach aussen auf Kantons- und Bundesebene getragen werden könnten. Eine verstärkte Zusammenarbeit würde schliesslich insofern Sinn machen, da der Naturpark als Förderinstitution der Gantrischregion mit allen wichtigen Institutionen des Kantons und des Bundes vernetzt ist, und somit durch einen verstärkten Austausch wertvolle Synergien gebildet werden könnten.

Nebst den Gemeinden und dem Förderverein Region Gantrisch gibt es weitere Akteure, die innerhalb des Naturparkperimeters energiepolitisch aktiv sind. So könnte unter anderem in weiterführenden Arbeiten hinsichtlich dieser Thematik untersucht werden, inwiefern sich z.B. Private oder Unternehmen an der Energiewende beteiligen und wie hier der Austausch mit

dem Naturpark Gantrisch funktioniert. Des Weiteren könnte analysiert werden, welche Rahmenbedingungen sich ändern müssten, damit eine Energiewende im Natuparkperimeter effizienter voranschreiten kann, bzw. welche Instrumente dazu beitragen könnten (z.B. mehr finanzielle Unterstützung des Kantons).

## Kapitel 8: Fazit

Die Herausforderungen der Arbeit bestanden vor allem im Kontakt mit den ausserwissenschaftlichen Akteuren (Gemeinden, Naturpark Gantrisch). Dieser gestaltete sich teilweise sehr schwierig und zeitintensiv. Mehrere Gemeinden hatten kein Interesse an einer Partizipation und waren nicht bereit, ein Interview zu führen. Einerseits kann dies an der mangelhaften Vorstellung der Forschungsziele liegen, andererseits aber auch auf der Angst der Gemeinden vor einem Vergleich mit anderen Gemeinden beruhen. Daraus ergibt sich die Frage, ob vier Gemeinden repräsentativ genug für den Naturpark Gantrisch sind. Durch die Schwierigkeit in der Kontaktaufnahme mit den Gemeinden war schlussendlich nur eine Untersuchung von vier Gemeinden möglich.

Ein weiteres Problem bestand darin, dass die Kontaktperson des Naturparks Gantrisch einen Jobwechsel tätigte und dementsprechend nicht mehr kontaktierbar war, weshalb eine neue Kontaktperson gesucht werden musste.

Eine weitere Herausforderung bestand in der Erfassung und Auswertung der Interviews der untersuchten Gemeinde. Obwohl in jedem Interview einheitliche Fragen nach einem Leitfaden gestellt wurden, zeigte sich in der Erfassung der Daten durch die Diversität der Antworten eine Schwierigkeit in deren Strukturierung und Auswertung. Die Methode der Datenerfassung durch Interviews muss daher kritisch hinterfragt werden. Es stellt sich die Frage, inwiefern die Antworten in den Interviews lediglich den positiven Faktoren und der sozialen Erwünschtheit der jeweiligen Gemeinden entsprechen. Zudem brachten die Webseitenanalyse und der unterschiedliche Umgang mit der Thematik Energie der einzelnen Gemeinden ein sehr breites Feld an Ergebnissen und war daher schwer zu kategorisieren und einheitlich darzustellen/zu gliedern. Schwierigkeiten zeigten sich zudem im Vereinheitlichen der geschriebenen Textteile der einzelnen Gruppenmitglieder. So stellte sich die Vereinheitlichung der Zitierart, die Verwendung von Abkürzungen und der Aufbau von Textteilen als sehr zeitintensiv dar.

Abschliessend ist zu sagen, dass die Thematik und die Auseinandersetzung mit der Energiewende in der Schweiz stets interessant und vielseitig war. Besonders interessant empfand die Gruppe das Darstellen und Erfassen der unterschiedlichen Massnahmen der Gemeinden für eine Energiewende, da dies bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht durchgeführt wurde.

Mit dem Untersuchungsgebiet der kommunalen und regionalen Energiewende wurde eine Thematik behandelt, die zeitgemäss ist und in Zukunft sicher intensiver diskutiert werden wird.

# Kapitel 9: Kontext der Facharbeit

## 9.1. Inter- und Transdisziplinarität

Die Forschungsgruppe setzte sich aus den zwei Hauptfachdisziplinen Geographie und Osteuropastudien zusammen. Die Interdisziplinarität war dementsprechend nur teilweise gegeben. Aus dem Fach der Osteuropastudien wurden vor allem die Kenntnisse zu Politikwissenschaften beleuchtet. Da die Geographie ziemlich breit angelegt ist, wurde versucht, diesen breiten Fokus in der Arbeit beizubehalten, um unter anderem die Teilbereiche Energie, Umwelt, Nachhaltigkeit und Raumplanung abzudecken. Der Einblick in Theorien, Methoden, Vorgehensweisen und Funktionsweise anderer Disziplinen kam trotzdem zu kurz. Die vier GeographInnen besuchen grösstenteils identische Vorlesungen und sind so auf die gleichen Theorien, Methoden und Vorgehensweisen geschult. Deshalb wurden die Kompetenzen in Bezug auf Methoden und Theorien nicht erweitert. Die Osteuropastudentin verfügte auch über methodisches und inhaltliches Wissen, das sich aber oftmals mit dem Wissen der GeographInnen deckte. Eine andere Gruppenzusammenstellung hätte die Arbeit aufgrund vielfältigerer Theorien und Methoden erleichtert und interessanter gestaltet. Methoden und Theorien aus den Sozialwissenschaften, Rechtswissenschaften und Wirtschaftswissenschaften hätten die Zusammenarbeit sicherlich bereichert. Obwohl die Interdisziplinarität nur teilweise gegeben war und nur wenig über die Funktionsweise, Wissensstände und Vorgehensweisen anderer Disziplinen gesagt werden kann, konnten dennoch unterschiedliche individuelle Perspektiven identifiziert werden. Dies macht eine Zusammenarbeit sehr interessant und erweitert den Horizont. Der Gewinn der Gruppenarbeit resultierte hauptsächlich aus den individuellen Wissensständen der Gruppenmitglieder, die nur beschränkt auf die Disziplinen, sondern vor allem auf die eigenen Überzeugungen und Ansichten zurückgeführt werden können. Aufgrund des engagierten Austauschs innerhalb der Gruppe konnten zusammen neue Perspektiven entdeckt

werden, die zuvor noch nicht vorhanden waren. Durch die interdisziplinäre Zusammenarbeit entstanden innovative Ideen, die zu interessanten Ergebnissen führten.

Es kam zu einer vielfältigen transdisziplinären Zusammenarbeit mit ausserwissenschaftlichen Akteuren. Die ausserwissenschaftliche Zusammenarbeit bestand vor allem aus der Kommunikation und Auseinandersetzung mit den Vertretern des Naturparks Gantrisch sowie den untersuchten Gemeinden. Diese Transdisziplinarität förderte den Wissensstand und bot Einsicht in die Funktionsweise und Ansichten eines regionalen Naturparks und der Gemeinden. Somit wird den Lesenden eine inter- und transdisziplinäre Auseinandersetzung des Themas auf verschiedenen Massstabsebenen aufgezeigt.

## 9.2. Nachhaltige Entwicklung

Ziel einer nachhaltigen Entwicklung im Bereich der Energie ist es, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu reduzieren, sowie den Anteil an erneuerbaren Energien zu erhöhen, damit die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen erhalten werden können. Sowohl die Energiestrategie des Bundes als auch die Strategie des Kantons Bern sind wichtige Instrumente für eine nachhaltige Entwicklung im Bereich der Energie. Für die Umsetzung der Strategien sind konkrete Massnahmen zur Förderung von erneuerbaren Energien und sauberen Energietechnologien, unter anderem auch vonseiten der Gemeinden, zentral. Die Facharbeit soll aufzeigen, wie eine solche Thematik im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung verstanden werden kann. Dabei werden die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit - Ökologie, Gesellschaft und Wirtschaft - als eine Gesamtheit verstanden. Die Facharbeit beschäftigt sich mit den ökologischen Fragen der Energienutzung im Naturpark Gantrisch. Sie erforscht, welche wirtschaftlichen Faktoren zur Umsetzung von bestimmten Ansätzen (oder eben nicht-Umsetzung) geführt haben, welche Akteure in welcher Weise miteinander verknüpft sind und wo Zusammenarbeit besteht. Ausserdem wird analysiert, wo Potenziale sowie auch Probleme einer kommunalen Energiewende bestehen, und ob diese überhaupt umgesetzt werden kann. Es soll ein tiefgreifender Einblick

in eine nachhaltige Entwicklung gegeben und deren drei Dimensionen - im Kontext des Naturparks Gantersch und der vier Beispielgemeinden - aufgegriffen werden.

# Quellenverzeichnis

## Literaturverzeichnis

- AUE (2019): Förderprogramm Kanton Bern. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz.  
[https://www.energiefoerderung.bve.be.ch/energiefoerderung\\_bve/de/index/navi/index.asset/ref/dam/documents/BVE/Energiefoerderung/de/aue\\_ef\\_fp\\_leitfaden\\_2019\\_d.PDF](https://www.energiefoerderung.bve.be.ch/energiefoerderung_bve/de/index/navi/index.asset/ref/dam/documents/BVE/Energiefoerderung/de/aue_ef_fp_leitfaden_2019_d.PDF) (Zuletzt besucht am 17.04.2019).
- BAFU (2015): Anforderungen, Errichtung und Betrieb von Parks.  
<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/landschaft/fachinformationen/landschaftsqualitaet-erhalten-und-entwickeln/landschaften-von-nationaler-bedeutung/paerke-von-nationaler-bedeutung/anforderungen--errichtung-und-betrieb-von-paerken.html> (Zuletzt besucht am 18.05.2019).
- BEakom (2019): Massnahmenkatalog Gemeinde Toffen. Letzte Version vom 8. Februar 2019.
- Böcher, Michael; Töller, Elisabeth (2007): Instrumentenwahl und Instrumentenwandel in der Umweltpolitik – ein theoretischer Erklärungsrahmen. In: Politik und Umwelt. Politische Vierteljahresschrift 39, S. 305.
- Bundesamt für Statistik (2014): Beschäftigte nach den drei Wirtschaftssektoren, 2014.  
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken/karten.assetdetail.1864357.html> (Zuletzt besucht am 20.06.2019).
- Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz vom 1. Juli 1966. NHG, SR 451.
- Bundeskanzlei (2017): Vorlage Nr. 612. Übersicht.  
<https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20170521/det612.html> (Zuletzt besucht am 20.06.2019).
- Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999. BV, SR 101.

BVE (2016): Gemeinden, die das Berner Energieabkommen (BEakom) unterzeichnet haben.

Stand:

28.11.2016.[https://www.bve.be.ch/bve/de/index/energie/energie/energie\\_in\\_der\\_gemeinde/ber-ner\\_energieabkommen.assetref/dam/documents/BVE/AUE/de/eig/ae\\_en\\_eig\\_beakom\\_ge-meindeliste\\_d.pdf](https://www.bve.be.ch/bve/de/index/energie/energie/energie_in_der_gemeinde/ber-ner_energieabkommen.assetref/dam/documents/BVE/AUE/de/eig/ae_en_eig_beakom_ge-meindeliste_d.pdf) (Zuletzt besucht am 03.06.2019).

BVE (o. J. a): Energie: <https://www.bve.be.ch/bve/de/index/energie/energie.html> (Zuletzt besucht am 15.03.2019).

BVE (o. J. b): Berner Energieabkommen BEakom.

[https://www.bve.be.ch/bve/de/index/energie/energie/energie\\_in\\_der\\_gemeinde/berner\\_energieabkommen.html](https://www.bve.be.ch/bve/de/index/energie/energie/energie_in_der_gemeinde/berner_energieabkommen.html) (Zuletzt besucht am 03.06.2019).

Energie aktuell (o. J.): Energiegesetz des Kantons Bern. Inhalte des kantonalen Energiegesetzes. <https://www.energie-aktuell.ch/Berner-Energieplattform/Themen/Energiegesetz-des-Kantons-Bern> (Zuletzt besucht am 17.04.2019).

Energieschweiz (o. J.): Gemeinden, Städte, Quartiere, Regionen.

<https://www.energieschweiz.ch/page/de-ch/gemeinden-staedte-quartiere-regionen> (Zuletzt besucht am: 15.05.2019).

Förderverein Region Gantrisch (2014): Gantrisch Erneuerbar. Vierjahresplanung für den Betrieb 2016-2019. Projektnummer 1.11

Förderverein Region Gantrisch (2018): Energie im Naturpark – Konzept Naturpark Gantrisch.

Förderverein Region Gantrisch (2019): Netzwerk nachhaltige Wirtschaft. Fünfjahresplanung für den Betrieb 2020-2024. Projektnummer 201.

Förderverein Region Gantrisch (o. J.): Über uns. <https://www.gantrisch.ch/ueber-uns/> (Zuletzt besucht am 22.06.2019).

Gemeinde Schwarzenburg (o. J.): Energiestadt.

<http://www.schwarzenburg.ch/aktuelles/energie-umwelt/energie/energiestadt/> (Zuletzt besucht am 03.06.2019).

Gemeinde Toffen (2016 a): Leitbild des Gemeinderates Toffen.

[http://www.toffen.ch/dl.php/de/5a3a5c2b0a263/Leitbild\\_20170101.pdf](http://www.toffen.ch/dl.php/de/5a3a5c2b0a263/Leitbild_20170101.pdf) (Zuletzt besucht am 14.06.2019).

Gemeinde Toffen (2016 b): Leitbild Energie.

<http://www.toffen.ch/dl.php/de/5c586a15920b7/Energieleitbild.pdf> (Zuletzt besucht am 14.06.2019).

Gemeinde Toffen (2018): Energiekonzept Wärme.

[http://www.toffen.ch/dl.php/de/5c3451403ec0f/181030\\_Energiekonzept\\_Warme\\_Toffen.pdf](http://www.toffen.ch/dl.php/de/5c3451403ec0f/181030_Energiekonzept_Warme_Toffen.pdf) (Zuletzt besucht am 14.06.2019).

Grosser Rat Kanton Bern (2018): Kantonale Volksabstimmung. Botschaft des Grossen Rates des Kantons Bern. [https://www.bewas.sites.be.ch/2019/2019-02-10/ABSTIMMUNG/Botschaft-KANTON-1\\_de.pdf](https://www.bewas.sites.be.ch/2019/2019-02-10/ABSTIMMUNG/Botschaft-KANTON-1_de.pdf) (Zuletzt besucht am 15.03.2019).

Kantonales Energiegesetz vom 15. Mai 2011. KeNG, 741.1.

Kantonale Energieverordnung vom 26.10.2011. KEnV, 741.111.

Mayring, Ohilipp; Fenzl, Thomas (2014): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Baur, Nina; Blasius, Jörg (Hrsg.). Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, 543-556.

Regierungsrat (2006): Energiestrategie 2006 des Kantons Bern. Beschlossen vom Regierungsrat am 5. Juli 2006 mit Änderungen gemäss Regierungsratsbeschluss vom 26. August 2015. [https://www.bve.be.ch/bve/de/index/direktion/ueber-die-direktion/dossiers/energiestrategie.assetref/dam/documents/BVE/GS/de/gs\\_energiestrategie\\_d.pdf](https://www.bve.be.ch/bve/de/index/direktion/ueber-die-direktion/dossiers/energiestrategie.assetref/dam/documents/BVE/GS/de/gs_energiestrategie_d.pdf) (Zuletzt besucht am 15.03.2019).

Regionalkonferenz Bern Mittelland (o. J.): Portrait Beratungsstelle.

<https://www.energieberatungbern.ch/ueber-uns/> (Zuletzt besucht am 03.06.2019).

Regiosuisse (o. J.): Strukturüberprüfung des Fördervereins Region Gantrisch.

<https://regiosuisse.ch/it/projects/ext/929/strukturueberpruefung-des-foerderevereins-region-gantrisch> (Zuletzt besucht am 11.07.2019).

Sager, Fritz (2014): Infrastrukturpolitik: Verkehr, Energie und Telekommunikation. In:

Knoepfel, Peter; Papadopoulos, Yannis; Sciarini, Pascal (Hrsg.). Handbuch der Schweizer Politik. Zürich: NZZ Libro. 721-748.

Staatskanzlei des Kantons Bern (2017): Ergebnisse 2017. Abstimmung vom 21. Mai 2017.

Resultate aller Verwaltungskreise und Gemeinden.

[https://www.sta.be.ch/sta/de/index/wahlen-abstimmungen/wahlen-abstimmungen/abstimmungen/ergebnisse\\_abstimmungen/ergebnisse-2017.assetref/dam/documents/STA/AZD/de/abstimmungen/abstimmungsergebnisse/2017/wahlenabstimmungen-2017-05-21-ergebnis-eidg.pdf](https://www.sta.be.ch/sta/de/index/wahlen-abstimmungen/wahlen-abstimmungen/abstimmungen/ergebnisse_abstimmungen/ergebnisse-2017.assetref/dam/documents/STA/AZD/de/abstimmungen/abstimmungsergebnisse/2017/wahlenabstimmungen-2017-05-21-ergebnis-eidg.pdf) (Zuletzt besucht am 18.06.2019).

Thaler, Philipp; Hofmann, Benjamin; Abegg, Andreas; Bornemann, Basil; Braunreiter, Lukas; Burger, Paul; Dörig, Leonie; Ejderyan, Olivier; Heselhaus, Sebastian; Opitz, Christian; Petrovich, Beatrice; Rinscheid, Adrian; Schillig, Ivo; Schreiber, Markus; Sohre, Annika (2019): Schweizer Energiepolitik zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden: Zentralisieren, dezentralisieren oder koordinieren?

[https://www.researchgate.net/publication/331206620\\_Schweizer\\_Energiepolitik\\_zwischen\\_Bund\\_Kantonen\\_und\\_Gemeinden\\_Zentralisieren\\_dezentralisieren\\_oder\\_koordinieren](https://www.researchgate.net/publication/331206620_Schweizer_Energiepolitik_zwischen_Bund_Kantonen_und_Gemeinden_Zentralisieren_dezentralisieren_oder_koordinieren) (Zuletzt besucht am 15.05.2019).

UVEK (2017): Energiestrategie 2050.

<https://www.uvek.admin.ch/uvek/de/home/energie/energiestrategie-2050.html> (Zuletzt besucht am: 15.03.2019).

Verordnung über die Pärke von nationaler Bedeutung vom 7. November 2007. PäV, SR  
451.36.

## Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1: Perimeter des Naturparks Gantrisch (<https://www.gantrisch.ch>).
- Abbildung 2: Geographische Lage der Gemeinde Schwarzenburg  
([https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Karte\\_Gemeinde\\_Schwarzenburg\\_2019.png](https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Karte_Gemeinde_Schwarzenburg_2019.png)).
- Abbildung 3: Geographische Lage der Gemeinde Toffen  
([https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Karte\\_Gemeinde\\_Toffen\\_2019.png](https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Karte_Gemeinde_Toffen_2019.png)).
- Abbildung 4: Geographische Lage der Gemeinde Guggisberg  
([https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Karte\\_Gemeinde\\_Guggisberg\\_2019.png](https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Karte_Gemeinde_Guggisberg_2019.png)).
- Abbildung 5: Geographische Lage der Gemeinde Rüschegg  
([https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Karte\\_Gemeinde\\_Rüschegg\\_2019.png](https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Karte_Gemeinde_Rueschegg_2019.png))

## Tabellenverzeichnis

- Tabelle 1: Zusammenfassung der Ergebnisse auf kommunaler Ebene (eigene Darstellung)
- Tabelle 2: Stimmbeteiligung und Nein-Anteil von EnG 2017 (eigene Darstellung basierend auf Bundeskanzlei 2017 und Staatskanzlei des Kantons Bern 2017).

## Anhang

- Interview mit Schwarzenburg
- Interview mit Toffen
- Interview mit Guggisberg
- Interview mit Rüschegg
- Interview mit dem Naturpark Gantrisch
- Dokument «Netzwerk nachhaltige Wirtschaft»

## Interview Schwarzenburg

Mit: Theo Binggeli, Gemeinderat

### **Wer ist in der Gemeinde zuständig für den Bereich Energie? Wo ist der Bereich Energie untergebracht? (Unterscheidung Politik und Verwaltung)**

Strategische Energiefragen bei Tiefbau und Umwelt Abteilung und Kommission (Energiesadtlabel z.B.), d.h. die Unterabteilung der Bauverwaltung.

### **Initiative für das Energiesadtlabel?**

Erst BEakom unterzeichnen, man musste dies erreichen und hatte bereits Massnahmen umgesetzt, ohne viel zu machen hatte man das Label Energiestadt (Energie-Kommission).

### **Wie viel Zeit kann für das Thema Energie von der Gemeinde aufgewendet werden?**

Keine separate Abteilung, 10 Stellenprozent und untergliedert beim Tiefbauamt; man möchte den Status Quo halten, für zusätzliche Massnahmen hat man keine Ressourcen. Beim Erreichen des Energiesadtlabels hat man mit der Energieberatung zusammengearbeitet und externe Hilfe gehabt von Fachleuten.

### **Gibt es gemeindespezifische Ziele/ein Leitbild, oder werden die kantonalen Ziele verfolgt? (Wenn keine Ziele, woran liegt das?)**

Stand Energiesadtlabel; Leitbild wird vom Gemeinderat abgesegnet

### **Wo kann die Gemeinde den Hebel ansetzen, wo sieht die Gemeinde selber ihre Verantwortung? (Anreize etc.)**

Gemeindeeigene Liegenschaften, z.B. Wärmeverbund (Schnitzelirgendwas für die Heizung), mit erneuerbaren Energien versorgen, Holz oder Sonne; technische Sanierungen sind von Nöten; Baureglement für Grossliegenschaftseigentümer; mehrere Wärmeverbunde an welchem immer eine Gemeindeliegenschaft angebunden ist, als Unterstützung: ein grosses Gebäude z.B. Schulhaus anbinden, der viel an Abschlussgebühr für Realisierung zahlt.

### **Wie sollen die Ziele (für jene, die keine eigenen Ziele formuliert haben gelten die kantonalen Ziele) erreicht werden, welche Instrumente/Ressourcen oder Mechanismen gibt es auf Gemeindeebene und wie verbindlich/effektiv sind diese?**

Richtplan und Energielabel mit Veranstaltung gegenüber den Grundeigentümern, Versuch zu sensibilisieren; Solarkataster: ist das Dach geeignet für Solarzellen oder nicht?; Solarenergie: eine einzige Anlage; Überarbeitung vom Baureglement aufgrund von kantonalen Angaben, allerdings gibt es nur Empfehlungen und keine Vorschriften, man benötigt Feingefühl, bei jedem Neubau muss geprüft werden → weiches Instrument

### **Wie verläuft die Kooperation mit der Bevölkerung?**

Bei Energiesadtlabel gab es beide Seiten; Schwarzenburg hat sich entwickelt und ist gewachsen; Energiesadtlabel entstand nicht aufgrund der Bevölkerung, sondern weil man viele Massnahmen bereits umgesetzt hatte; Energie-Umwelt-Tag sind nicht gut besucht, Anlass für Hitzesystem mit Energie Schweiz stiess auf Interesse.

### **Welche Ziele hat die Gemeinde?**

Gebäudesanierungen in den nächsten 10 Jahren; erst raumplanerische Massnahmen im Rahmen der finanziellen Mittel; Photovoltaik abschätzen ob dies Sinn macht; Mobilität wurde überhaupt noch nicht behandelt, im Vergleich zu Stadt Bern die sehr viel macht, nicht autofreie Quartiere sondern Entwicklung eines Konzeptes für die Gemeinde vor allem bezüglich Parkverhalten.

### **Wird das Label kontrolliert?**

Alle fünf Jahre wird anhand eines Punktesystems jede Massnahme bewertet und beurteilt, ob das Label erhalten bleiben darf. Gibt es neue Änderungen? Nein, es gibt keine Steigerung, man muss nicht von Jahr zu Jahr besser werden, aber das Punktesystem wird immer wieder angepasst, daher kann man das Label auch verlieren.

### **Wo sieht die Gemeinde die grössten Herausforderungen?**

Finanzierbarkeit von gemeindeinternen Projekten z.B. Gebäudesanierungen zum Minergie Standard; Akzeptanz neuer Überbauungen in der Bevölkerung: es gibt Investoren, die in Dinge mit Vorschriften investieren, allerdings sind Investoren oftmals zurückhaltend, wenn es viele Vorschriften gibt.

### **Welchen Gestaltungsspielraum bezüglich Bund und Kanton hat die Gemeinde?**

Kantonale Vorgaben sind vorhanden, allerdings besteht immer noch Handlungsspielraum z.B. beim Baureglement; in der Kernzone mit Denkmalpflege sieht man Probleme mit Photovoltaik, man hat andere Leitplanken. Allgemein auf Energiefragen hat man noch viel Spielraum.

### **Gibt es Massnahmen bezüglich Energieeffizienz in der Landwirtschaft?**

Landwirtschaft wird durch Wärmeverbund unterstützt → Erneuerbare Energie bzw. Wärme aus dem Wald; Gantrisch Strom: Energieproduzent der wirtschaftlich aufgrund der Strompreise allerdings noch nicht so interessant ist; keine zusätzlichen Massnahmen neben den Vorgaben und dem gesetzlichen Rahmen, der gelegt ist; Handlungsbedarf ist nicht riesig.

### **Findet Zusammenarbeit mit Kanton oder anderen Gemeinden statt im Bereich Energie? Was erwartet die Gemeinde vom Kanton?**

Im Energiebereich gab es in der Energiekommission Initiative, diese wurde aber nicht akzeptiert; es gab Anfragen von Gemeinden, zusammenzuarbeiten, allerdings macht es aufgrund der unterschiedlichen Gemeindegrößen keinen Sinn zusammenzuarbeiten. Das Projekt des Naturparks ermöglicht vielleicht einen Anstoss in diesem Denken der Zusammenarbeit damit der NPG das Label Energieregion erreichen kann.

Es gibt Zusammenarbeit: Alle zwei Jahre gibt es Weiterbildung für Hauswarte von Liegenschaften, bei der man sie auf Energiefragen schult, zusammen mit Rüschegg und Guggisberg → Informationsbasis.

### **Erwartet die Gemeinde etwas vom Bund, Kanton und Naturpark Gantrisch im Bereich Energie? (Subventionen vom Bund?)**

Angst der Gemeinden vor Fusion durch NPG vom Tisch bringen und regionale Zusammenarbeit fördern; jede Gemeinde muss dann selbst Massnahmen durchsetzen, allerdings sieht man in Energieregion Potenzial.

Kanton: Vergütungspreise sollen höher werden, Abhängigkeit von der BKB sehr gross → man möchte, dass Privatpersonen in Gantrisch Strom investieren.

### **Welches Potenzial hat die Gemeinde?**

Das grösste Potenzial liegt in der Holzenergie, bzw. Wärmeenergie mit Abholzung, allerdings muss man aufpassen, weil nicht alles Holz mobilisierbar ist → irgendwann ist das Potential ausgeschöpft. Wind eher kein Potential aufgrund der Vernehmlassung des Kantons, dadurch sind alle Anlagen verschwunden.

Solarenergie: es wäre mehr möglich als bisher umgesetzt wird z.B. mit Photovoltaikanlage auf Dächern → von Schwarzenburg gibt es nur Sensibilisierung (Energieumwelttag), keine Vorschriften, keine Einzelförderungsmaßnahmen, diese liegen nicht drinnen; man bezieht allerdings schon in einigen Anlagen Gantrisch Strom.

## **Was ist der Hauptfokus der Gemeinde?**

Wohnraumplanung und Liegenschaftssanierung; finanzieller Ausgleich bzw. strukturelles Defizit; Glaubwürdigkeit als Energiestadt: Was passiert, wenn es Wechsel der Gemeinderäte gibt, welche das Energiestadtlabel gefördert und initiiert haben? Verwaltungsaufwand und Aufwand das Label immer zu erhalten? → BEAkom und dessen Vorgaben war wichtige Voraussetzungen für Umsetzung des Energiestadtlabels; Gemeinderatsentschluss und nicht vor der Gemeindeversammlung, d.h. Gemeinderäte haben Energiestadtlabel entschieden → Schwierigkeit ein Label anzupreisen, was will Gemeinde und Label genau? Angst vor Umsetzungen und Massnahmen war da.

## Interview Toffen

Mit: Ruth Rohr, Gemeindepräsidentin und Bruno Beck, Bauverwalter

### **Wer ist in der Gemeinde zuständig für den Bereich Energie? Wo ist der Bereich Energie untergebracht? (Unterscheidung Politik und Verwaltung) Organisationshandbuch → jede Kommission**

Kommt auf das Projekt drauf an. Wenn es in der Planungskommission abschliessend durchkommt, wird es von der Bauverwaltung ausgeführt. Geregelt ist es im Organisationshandbuch der Gemeinde. Dort ist aufgelistet, welche Kommission welche Aufgabe hat.

### **Wie viel Zeit kann für das Thema Energie von der Gemeinde aufgewendet werden?**

Diese Frage ist schwer zu beantworten, kommt immer auf das Projekt an. Meist wird es zwei bis drei Monate in der Planungskommission behandelt. Je nachdem wie viel Fachspezialisten es braucht, desto mehr Zeit muss investiert werden. Je komplexer die Planung eines Projektes, desto länger kann es dauern. Es ist sehr individuell.

Gestern hatten wir einen grossen Anlass zu alters- und behindertengerechtem Wohnen, wo wir Workshops angeboten haben, wo natürlich auch die Energie eine Frage ist (z.B. Minergie, wird es zertifiziert...?).

In der «Bauerei» oder in deren Planung ist die Frage der Energie sehr hoch, denn da kommen kantonale Vorgaben und das Leitbild hinein, es wird immer wie komplexer.

### **Gibt es gemeindespezifische Ziele/ein Leitbild, oder werden die kantonalen Ziele verfolgt? (Wenn keine Ziele, woran liegt das?)**

In diesem Leitbild stehen die Ziele, die die Gemeinde hat, drin. Aufgrund dieses Leitbildes, werden jährliche Legislaturziele gesetzt. In diesen Legislaturzielen ist ein Massnahmenplan enthalten, wo Massnahmen zu den einzelnen Zielen formuliert werden. Z.B. Ein Massnahmenblatt, «Umsetzung BeAkom», wo aufgelistet wird, was zu tun ist. Dies gibt eine top-down Struktur, wie das Ganze system strukturiert wird und an dem die Gemeinde sich orientieren kann.

P: Und dort sind auch die kantonalen Ziele und Vorgaben inbegriffen oder ist das nur auf Gemeindeebene?

Das sind nur die Gemeindeebenen. Nach dem Massnahmenblatt kommt die Massnahmenplanung, wo alle Dokumente die zu berücksichtigen sind, aufgelistet werden. (Leitbild des Naturparks, Gemeindeleitbild, das Leitbild des Kantons). Wenn man einzelne Massnahmen genauer anschaut, geht es eine Ebene höher, die auf die Umsetzung wieder bezogen wird.

Auf oberster Ebene ist das Energiestadtlabel, eines tiefer ist das BeAkom, was Toffen gemacht hat. Im BeAkom gibt es verschiedene Stufen, die erreicht werden können: Dieses und jenes Ziel wollen wir bis dann und dann erreicht haben, was dann ins Leitbild Energie und auch in den Massnahmenplan übernommen wird. Jedes Jahr kommt ein «Mentor», der unsere BeAkom Ziele kontrolliert und schaut, ob es umgesetzt wird, wie es geplant ist. Dieser Mentor vereinbart mit dem Gemeinderat, was gemacht werden muss. Einige der vorgegebenen Ziele können jedoch schlicht nicht erfüllt werden, weil wir eine zu kleine Gemeinde sind.

F: Ist das BeAkom eine Vorstufe zum Energiestadtlabel?

Nein, die Energiestadt ist noch ein Label höher, als das BeAkom. Innerhalb des BeAkom gibt es wählbare Massnahmen, die man umsetzen und erreichen kann. Das BeAkom ist das Gesamtsystem und innerhalb dieses Systems schaut die Gemeinde, was Sinn macht, was überhaupt erreicht werden kann. Und innerhalb des BeAkom gibt es verschiedene Stufen, und die oberste Stufe wäre dann die Energiestadt. Das System ist beweglich: Man kann Punkte, die man auf verschiedenen Stufen umsetzen kann, auswählen und eine bestimmte Punktzahl erreichen, um eine Stufe höher zu steigen. Stufe 2 zu erreichen wäre unser Ziel in der nächsten Zeit.

Diese Umsetzungen hängen aber stark auch von der Grösse und Struktur einer Gemeinde ab.

### **Wo kann die Gemeinde den Hebel ansetzen, wo sieht die Gemeinde selbst ihre Verantwortung? (Anreize etc.)**

Wir haben Zonen mit Planungspflicht, also Land, das noch nicht überbaut wurde und dort kann die Gemeinde bestimmen, was passieren soll. Beispielsweise soll das Projekt «Holzschnitzelheizung»

Wärme von den Kraftwerken abnehmen, um so auch in die Richtung von erneuerbaren Energien zu gehen. Wenn wir das Grundwasserpumpwerk abstellen und aus dem Grundwasser Wärme nehmen, probieren wir die Eigentümer dieses Privatlandes zu verpflichten bei diesem Projekt mitzumachen. Dort geht es vor allem auch um Sensibilisierung und Informationen. Aber bei den Zonen mit Planungspflicht können wir [die Gemeinde] sagen, was dort gebaut werden soll oder welcher Energieträger zum Einsatz kommen soll (ob Photovoltaik oder Solar für das Warmwasser und welche Heizungsform). Wir haben 2018 ein Energiekonzept gemacht, «Wärme Toffen» und dort wurde analysiert, in welchem Gebiet womit geheizt wird und in welchem Gebiet würde welche Heizung am meisten Sinn machen. Aufgrund dieses Konzepts liessen wir eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben für einen Bereich: Vorstudie Wärmeverbund. Diese Studie haben wir aber noch nicht. Ausserdem haben wir Massnahmenblätter zu Energiebuchhaltung, Mobilität, Energiebeauftragte und Informationen nach aussen. Dies sind unsere Ziele aus dem Leitbild aus den Legislaturen, die erfüllt werden sollen.

### Wie hat sich dieses Energieengagement entwickelt?

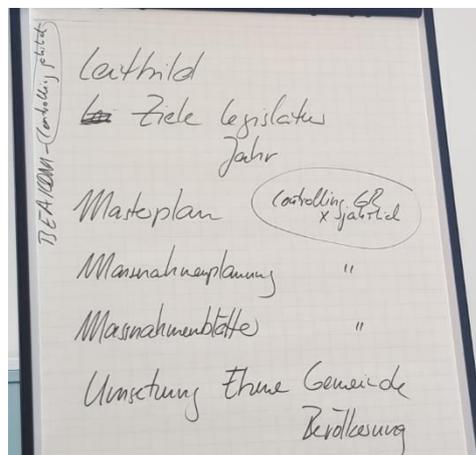
Ein Anstoss war der frühere Gemeinderat, der bereits gesagt hat, dass etwas passiert werden musste. Die damalige Kommission hat dies bearbeitet und diese Kommissionen müssen im Gemeinderat den Auftrag einholen, damit dieser auch finanziert wird. Meist macht man eine Vorstudie, die zeigt, was es im Gesamten bräuchte, und so begann dies. Bezogen auf die verfügbaren Ressourcen muss das in allen Instrumenten in der Gesamtplanung in der ganzen Leitbildebene und Masterplanebene und Massnahmenplanebene abgeglichen werden und eine gute Übersichtsplanung machen. Die Politik, aber auch die Verwaltung müssen beide «angefressen sein» von einem Thema, sonst geht es nicht weiter.

### Wie sollen die Ziele (für jene, die keine eigenen Ziele formuliert haben gelten die kantonalen Ziele) erreicht werden, welche Instrumente/Ressourcen oder Mechanismen gibt es auf Gemeindeebene und wie verbindlich/effektiv sind diese? Verbindlich für private ist das Gesetz.

Bei den Privaten ist das Gesetz. Die Gemeindeziele sind Hinweise. Andererseits, bei Zonen mit Planungspflicht ist es zwingend. Beispielsweise als Ziel in einem Gebiet ist die Holzschnitzelheizung, dann müssen die Grundeigentümer das machen. Man versucht aber die Bürger so zu unterstützen, dass sie mithelfen, z.B. Solaranlagen, oder Energieberatungen, dass eine neue Ölheizung keinen Sinn mehr macht. Aber was nicht Gesetz ist, das kann man niemandem aufzwingen.

### Wie ist die Resonanz der Bevölkerung? Wollen die Bürger mitmachen?

Mehrheitlich ist die Bereitschaft schon sehr gross, Wärmepumpen sind sehr am Boomen. Im Jahr 2017 war ein KMU-Anlass, wo auch der Gemeinderat einen Stand mit «Energieberatung Bern» gemacht hat. Das half schon sehr bei der Sensibilisierung, v.a. durch «Spiel und Spass» Dinge, wie das Tretvelo, wo man schauen konnte, wie viel Strom man hinbekommt.



Hier geht es um das Controlling, was erreicht wird: Es gibt ein Leitbild, daraus ergeben sich die Legislatur Ziele und Jahresziele. Dann wird ein Masterplan gemacht, der auch immer über 4 Jahre andauert, Dann gibt es noch die Massnahmenplanung, Massnahmenblätter und die Umsetzung auf der Ebene der Gemeinde und Bevölkerung. Auf der bevölkerungsebene ist es entweder gesetzlich verpflichtend oder freiwillig und beratend. Das Controlling geschieht vom Gemeinderat 2x jährlich. Das BeAkom Controlling ist jährlich, wo diese Punkte (Siehe Frage 3) einmal im Jahr kontrolliert werden.

### Welche Herausforderungen stellen sich bei der Umsetzung dieser Ziele? (Finanzen, Politische Hürden, Instrumente, kantonale Vorgaben vs. kommunale Ebene etc.)

Schwer zu beantworten, es gibt weder finanzielle noch politische Hürden. Die Bauverwaltung wird hierbei auch ständig mit abgeänderten und neuen Gesetzen konfrontiert, auf die man sich immer wieder neu einstellen und anpassen muss. Je mehr Änderungen, desto komplexer und komplizierter werden die Vorgänge. Diese Auflagen und Gesetzesänderungen werden enorm in der Zukunft bestimmen. Wenn wir den Kanton anschauen oder Energiebüros, dann erwachsen diese stark, vielleicht sogar so sehr, dass es weder Bauverwalter noch Energiespezialisten geben wird...? Das wird dann auch wieder die Kosten auf Baugesuche steigen lassen. Ein weiteres Problem ist, dass national gesehen die Gesetze nicht alle gleich sind und dass man ein einheitliches Gesetz machen will, mit einem einfachen und schlanken Baubewilligungsverfahren. Aber durch die Digitalisierung wird es immer nur noch aufwendiger. Z.B. Das Energiegesetz beginnt beim Bund, geht über das kantonale Gesetz und die kantonale Verordnung; dazu kommen Weisungen, was alles immer schlimmer macht und die Gemeinden müssen immer nachkommen können. Das sind im Moment zwar noch keine Hürden, aber es kann sein, dass es in Zukunft eines wird. Dabei sind wir auch stark auf auswärtige Büros angewiesen, Spezialisten, die gewisse Dinge prüfen. Neue Gesetze sind immer Hürden. Viele Sachen wurden in den letzten zehn Jahren all zwei bis drei Jahre wieder geändert. Es sind nicht wirklich Hürden aber dauernde Änderungen, auf die man eingehen muss.

**Die Landwirtschaft ist als dominierender Sektor der Region energieintensiv. Bestehen hier Massnahmen die Energieeffizienz und erneuerbare Energie zu fördern?**

Das ist eine sehr schwierige Frage. Man kann die Bauern nicht zwingen energieeffizient zu handeln. Die Einspeisevergütungen (Solar, Photovoltaik etc.) wird heutzutage sehr runtergestuft, man kriegt nicht mehr viel Geld, wenn man sich solche Dinge zulegt. Deshalb können wir den Bauern nicht auferlegen solche Sachen zu errichten.

P: Warum wurden diese Finanzen so stark runtergeschraubt?

Meine Hypothese [Rohr] ist, dass der Strom viel billiger wurde, der Markt ist zusammengefallen und wenn das BkV o.ä. selbst nicht mehr so viel verdient, woher sollen diese Subventionen finanziert werden?

Vor einiger Zeit wurden Gemeinden die z.B. ein Wasserkraftwerk hatten, stark finanziell unterstützt, doch heute gibt es das viel weniger.

Vielleicht auch, weil es nun viel günstigere Varianten aus dem asiatischen Raum gibt, welche nun häufiger gekauft werden.

Was wir in Bezug auf die Bauern machen können, sind Energieberatungen.

**Hat die Gemeinde aktuelle Daten zum Stand (zum Beispiel Anteil erneuerbare Energien)? (also zum Beispiel wie aktuell ist das Gebäudeverzeichnis mit Heizungsangaben, kommt die Gemeinde zu Stromdaten o.ä.)**

Diese findet man im Internet.

**Findet Zusammenarbeit mit Kanton oder anderen Gemeinden statt im Bereich Energie? Was erwartet die Gemeinde vom Kanton? Erwartet die Gemeinde etwas vom Naturpark Gantrisch im Bereich Energie? (Subventionen vom Bund?)**

Nein, da gibt es gar keine Zusammenarbeit, das ist «Gemeindehoheit», keine Gemeinde kann einer anderen reinreden. Das ist ein Politikum. Wenn wir Fragen haben, können wir diese selbstverständlich stellen, jedoch findet keine grosse Zusammenarbeit statt. Das ist aber auch in Ordnung so wie es ist, Gemeinden sollten einander nicht reinreden dürfen. Jede Gemeinde hat eine andere Struktur. Im Energiebereich wäre es eine grosse Chance, wenn wir eine gemeinsame Industrie zusammen hätten, z.B. eine grosse Wasserversorgung. Und wenn wir bei dieser Versorgung einen grossen Rohrdurchmesser an Trinkwasser, also ein relativ hohes Volumen, könnte man sich zusammenschliessen und aus Trinkwasser Strom machen.

**Zusätzlich:**

**Wie ist die öffentliche Beschaffung in der Gemeinde koordiniert? Gibt es Überlegungen über nachhaltige Beschaffung (zum Beispiel Strom für zusammengeschlossene Areale aus dem freien Strommarkt)?**

Die Strassenlaternen wurden auf LED umgerüstet.

Beim Thema Abfall wird darauf geachtet möglichst viel zu trennen, jedoch ist dies nicht nur auf Gemeindeebene möglich. Coop und Migros muss mithelfen, vor allem beim PET. Beim Abfall kann die Gemeinde viel anbieten: Blech, Glas, Metall, kompostierter Abfall, etc., was in jeder Gemeinde etwa so ist.

Bei den Sportanlagen und in der Matte ist die Holzschnitzelheizung bereits im Gang und mit Pellets, die aus der Landi kommen. Holzschnitzel sind einheimisch, weil es viele Bauern gibt, die Wald besitzen und so die Schnitzel selbst herstellen.

**Wie steht die Gemeinde zum Energiekonzept des Naturpark Gantrisch und zur Vision? Stimmen sie damit überein? Gibt es unterschiedliche Meinungen zu gewissen Punkten?**

Wir finden es gut, es gibt relativ viele Übereinstimmungen, obwohl wir nur ein Randgebiet des Gantrisch sind. Das Konzept müsste aber noch etwas ausdifferenzierter werden, wir installieren nicht einfach aus Nächstenliebe auf jedem Dach eine Solaranlage für 300'000 Franken.

**Ist das Energiekonzept nicht in Zusammenarbeit mit den Gemeinden entstanden?**

Es wurde als Mitwirkung in die Gemeinde gebracht. Aber wo wir etwas mit dem Gantrisch zusammenarbeiten können, sind wir natürlich immer dabei, sofern es für uns Sinn macht und den Rahmen nicht sprengt.

**Gibt es Erwartungen an den Naturpark Gantrisch? Etwas, das sie noch mehr machen könnten?**

Die Informationen nach aussen, die die Gemeinden machen müssen. Es gibt beispielsweise die Energieberatung der Stadt, dann die Energieberatung des Gantrisch und dann auch noch auf kommunaler Ebene gibt es Energieberatungen. Es könnte doch jedes Jahr ein Dossier herausgegeben werden für alle zuständigen Akteure und Kommissionen, an das man sich dann halten kann und in welchem die wichtigsten Dinge aufgelistet sind, die in der ganzen Region verteilt werden sollen. Aber dass die Gemeinden für die Energieberatung nicht selbst auch noch eine Arbeit haben, wenn es schon so viele Anlaufstellen gibt. Unser Wunsch wäre, all das etwas kompakter zusammenzubringen. Und auch vom Bund und Kanton sollte es strukturierter sein, dass es nicht unzählige Energiebüros gibt. Es wird sehr vieles auf die Gemeinden abgeschoben. Und als Gemeinde muss man sich an hundert verschiedenen Orten orientieren und einen Spagat zwischen all den Gesetzen und Vorlagen machen. Es ist eine Überflutung.

## Interview Guggisberg

Mit: Fabian Zwahlen, Gemeinderat

### **Wer ist in der Gemeinde zuständig für den Bereich Energie?**

Der Bereich Energie ist nirgends angesiedelt.

### **Wie viel Zeit kann für das Thema Energie von der Gemeinde aufgewendet werden?**

Energie ist nie ein grosses Thema bei uns im Moment. Es hat noch alte Strukturen auch in Bezug auf die Politikbereiche im Gemeinderat. Energie tangiert immer mehrere Bereiche und niemand ist allein für Energie verantwortlich. Aber wenn etwas Akutes kommt, dann wird es behandelt oder jemanden zugewiesen. Aber es gibt, wie gesagt, niemanden der für dieses Thema verantwortlich ist. Die Zeit, die für proaktives Handeln aufgewendet wird, ist im Moment sehr gering. Die Zeit wird eher für die Reaktionen gebraucht, um dann Unterstützung zu bieten.

### **Falls Energie eher ein Randthema in der Gemeinde sein sollte, in welchem Politikbereich liegt der Fokus in der Gemeinde?**

Wir sind 1500 Einwohner. Die Gemeinde hat eine Fläche von 55km<sup>2</sup>. Also sehr dünn besiedelt. Wir haben 94km Gemeindestrassen, die unterhalten werden müssen (z.B. Schneeräumung). Wir haben 80km Wasserleitungen, die der Gemeinde gehören und unterhalten werden müssen. Und 45km Arableitungen. Und bezüglich des Beschäftigungsgrades, sind 55% der Erwerbstätigen im 1. Sektor tätig. Also wir sind eine sehr grosse Gemeinde mit wenig Einwohner und haben auch eher finanzschwache Sektoren. Die Haupttätigkeiten beschränken sich auf die Herausforderungen die ländliche Gemeinden haben (Strassen, Wasser usw.). Bei uns wurde in den letzten Jahren relativ wenig gemacht und das rächt sich jetzt. Im Bereich Wasser, müssen wir die ganze „generelle Wasserversorgungsplanung“ machen. Es zeigte sich, dass die Schutzzone der grössten Quelle nicht mehr bewilligungsfähig ist, bzw. die Quelle muss geschlossen werden. Wir müssen jetzt alternative Wasserquellen suchen. Die Gemeinde liegt zuoberst und kann deshalb kein Wasser von der Nachbargemeinde erhalten. Das beschäftigt uns im Moment sehr. Das gleiche haben wir im Abwasserbereich (generelle Entwässerungsplanung). Hier müssen abgelegene Siedlungen an die ARA angeschlossen werden und weitere Massnahmen folgen. Auch die Ortsplanung muss neu gemacht werden auch in Bezug auf die Zweitwohnungsinitiative. Hier blockiert uns oft ein kleines Feriendorf und auch hier müssen Lösungen gefunden werden. Wir haben im Moment viel zu tun. Da wir eine Gemeinde sind, in der noch viel ehrenamtlich gemacht wird, sind die zeitlichen Ressourcen dementsprechend begrenzt. Wir müssen schauen wie das Tagesgeschäft aussieht. Wir müssen Prioritäten setzen. Und daher ist der Bereich Energie eher zweitrangig.

### **Ist die Gemeinde durch die kantonalen Vorgaben eingeschränkt?**

Da muss ich zuerst ein wenig ausholen. Wir hatten 35 Jahre lang den gleichen Gemeindegemeinderat. Das Tagesgeschäft hatte er im Griff aber die Vorgaben vom Kanton wurden oftmals abgeblockt. Nun sind wir dabei das aufzuholen. Im Wasser und Abwasserbereich wurden uns die Subventionen gestrichen, weil wir die Planungen nicht hatten. Hier werden ein Grossteil der zeitlichen und finanziellen Ressourcen investiert. So bleibt einfach weniger für andere Sachen, die weniger dringend sind.

### **Wo kann die Gemeinde den Hebel ansetzen, wo sieht die Gemeinde selber ihre Verantwortung? (Anreize etc.)**

37% der Energie wird für den Wärmebedarf gebraucht. Und hier haben wir auch den Hebel angesetzt. In grösseren Dörfern gab es einen Wärmeverbund, auf Basis von Holzschnitzel. Die örtlichen Burgergemeinden, die sehr viel Wald haben und auch eine Sägerei haben das lanciert. Hier hat die Gemeinde eine Chance gesehen und sich auch beteiligt. So sind nun alle Liegenschaften der Gemeinde

an den Wärmeverbund angeschlossen. Hier wurde also der erste Schritt in Richtung Holz und weg vom Öl gemacht. Auch viele Private machen nun mit und sind angeschlossen. Ein dritter Wärmeverbund ist in Planung. Die Gemeinde muss aber aufpassen, dass nicht der Vorwurf aufkommt, wieso die Gemeinde in Sachen investiert, wo die Gemeinde nicht direkt profitieren kann. Um die finanzielle Beteiligung am dritten Wärmeverbund zu rechtfertigen, hat man sich dazu entschlossen, dass auch ein Werkgebäude und eine kleine ARA angeschlossen wird. Bei der Schulhauserweiterung wurde darauf geachtet, dass der Minergie-Standard eingehalten wird. Auch die Strassenlaternen wurden durch LED Lampen ersetzt. Die Gemeinde versucht die Vorbildfunktion einzunehmen. Im Wohnbereich müssen Private einfach die gesetzlichen Vorgaben einhalten. Wir haben aber sehr viele alte Gebäude, wo sich die energetische Sanierung schwierig gestaltet. Aber auch hier achtet man darauf, dass Private etwas machen. Proaktiv ist die Gemeinde aber nicht tätig.

**Wird die Bevölkerung in Projekte einbezogen oder geschieht dies ausschliesslich auf politischer Ebene?**

Der Anstoss von Wärmverbunde kam von Privaten und die Gemeinde hat dann auf politischer Ebene entschieden, das zu fördern bzw. zu unterstützen in finanzieller und organisatorischer Hinsicht. Um möglichst viele im Wärmeverbund zu integrieren, wurden auch Informationsanlässe organisiert.

**Bei welchen Energiequellen (Sonne/Wasser/Wind etc.) sehen Sie in Ihrer Gemeinde das grösste Potential?**

Das grösste Potenzial liegt sicher im Bereich Holz. Hier gibt es auch Private, die sehr aktiv sind. Vor allem die Burgerwälder werden sehr gut genutzt. Es ist natürlich interessant, das einheimische Holz zu verwerten. Die Lage für Windenergie ist sicherlich nicht schlecht. Das Gebiet fiel aber in der ersten Prüfungsphase raus. Nun ist das Gebiet als Prüfraum definiert. Windenergie ist aber ein sehr kontroverses Thema. Das Potenzial wäre da, aber die Gebäude sind so verstreut, dass immer jemand von den Windrädern betroffen wäre. Politisch wäre das schwierig durchzusetzen. Bezüglich Wasserkraft. Wir haben keine grossen Fliessgewässer. Im Bereich Druckwasser wäre sicherlich etwas möglich, aber oft funktioniert das in wirtschaftlicher Hinsicht nicht. Wenn man etwas macht, dann sollte es zumindest selbsttragend sein. Ansonsten wird es politisch sehr schwierig. Die Sonnenenergie hat, auch aus persönlicher Sicht, ein sehr grosses Potenzial, wird aber sehr wenig genutzt.

**Die Landwirtschaft ist als dominierender Sektor der Region energieintensiv. Bestehen hier Massnahmen die Energieeffizienz und erneuerbare Energie zu fördern?**

In diesem Thema laufen zahlreiche Förderprogramme, vor allem vom Bund im Bereich Agrocleantech. Wärmerückgewinnung bei der Milchkühlung, frequenzgesteuerte Milchanlagen usw. werden vom Bund finanziell unterstützt. Bei Neubauten wird das sicherlich in Anspruch genommen. Bestehende Anlagen werden in der Regel nicht ersetzt, weil die Mehrkosten, die entstehen kurzfristig nicht gedeckt werden (längerfristig schon). Die Betriebsstrukturen sind auch zu klein. Die minimale Bodenbearbeitung ist bei uns kein grosses Thema, weil wir hauptsächlich Grünlandbetriebe haben. In diesem Bereich sehe ich aber kein grosses Potenzial.

**Welche Herausforderungen stellen sich bei der Umsetzung dieser Ziele? (Finanzen, Politische Hürden, Instrumente, kantonale Vorgaben vs. kommunale Ebene etc.)**

Die Finanzen und das Tagesgeschäft sind wichtiger, zeitliche Ressource (oft ehrenamtlich), Zeitpunkt nicht gut, anderes ist wichtiger. Nicht oberste Priorität. Wissen sollte in Behörden gefördert werden.

**Hat die Gemeinde aktuelle Daten zum Energieverbrauch bzw. zur Energieversorgung (zum Beispiel Anteil erneuerbare Energien)?**

Nein.

**Wie ist die öffentliche Beschaffung in der Gemeinde koordiniert? Gibt es Überlegungen über nachhaltige Beschaffung?**

Led-Strassenlaternen, Abschalt-Mechanismus im Sternenpark. Beschaffungen in der Region

**Wie steht die Gemeinde zum Energiekonzept des Naturpark Gantrisch und zur Vision? Stimmen sie damit überein? Gibt es unterschiedliche Meinungen zu gewissen Punkten?**

Bei Restriktionen und Vorschriften dann wird es schwierig. Viele sagen auch, dass es den Sternenpark nicht braucht. Ein Leitbild oder eine Veranstaltung wäre gut

**Haben Sie schon einmal von Gantrisch erneuerbar gehört? Dabei ginge es um Verstärkte Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, sehen Sie da ein Potenzial?**

Wir suchen die Zusammenarbeit in allen möglichen Bereichen, so lange es Sinn macht. Z.B. mit dem Sternenpark, alles im Bereich Informationen oder Aufklärung der Bevölkerung sind problemlos möglich. Aber sobald es um Restriktionen geht, wird es schwierig. Auch in der Bevölkerung ist das Verständnis für solche Sachen nicht so gegeben. Viele Leute sagen «das braucht es doch gar nicht» und so lange das so ist, muss die Bevölkerung aufgeklärt werden. Aber auch bei Bauvorschriften haben wir relativ grosse Probleme und schlechte Chancen etwas zu machen. Auch im Energiebereich ist es ähnlich. Dazu wäre beispielsweise ein Leitbild für Energie sehr förderlich.

**Gab es bereits auf eine gewisse Art Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden?**

Zusammenarbeiten gibt es generell sehr viel, z.B. mit den Schulen (in Schwarzenburg oder Plaffeien) oder Sozialdienst, Feuerwehr, Altersheime. Wo es Sinn macht, suchen wir auch die Kooperation.

**Also wäre Energiepolitik in einem gewissen Prinzip auch sinnvoll, wenn es mehr um das Label «Naturpark» statt Restriktionen geht?**

Genau, die Gefahr ist dabei aber eher die Abwehrhaltung, «nicht nochmal etwas Neues, das auf uns zukommt» aber meist findet man jemanden, der sich dafür Zeit nimmt. Das findet man in keinem Ressort. Man muss jemanden finden, der bereit ist, das anzupacken und da wäre es sicherlich sinnvoll gemeinsam etwas zu erschaffen. Z.B. das Letzte was wir gemacht haben, war das gemeinsame Altersleitbild, mit zwölf Gemeinden. Auch im Energiebereich gibt es Gemeinden, die mehr Erfahrungen haben, und das vielleicht auch etwas mehr einbringen könnten und wir dann von unserer Seite noch unsere Sicht reinbringen könnten. Wir wären nicht abgeneigt gegen ein gemeinsames Leitbild.

**Was sind die grössten Herausforderungen/Potenziale der Energiepolitik?**

Wir hatten mal Kontakt mit jemandem, in dem es um das Energiestadtlabel ging, wo man kleinere Randgemeinden in einer vereinfachten Variante einführen wollte. Jedoch meldete sich der Herr noch nicht bei uns und auch wir haben es noch nicht diskutiert. Wenn man Verpflichtungen eingeht, ist im Moment aufgrund der politischen Konstellation der Zeitpunkt nicht der Beste. Aber mit Absichtserklärungen kann man durchaus darüber reden.

**Wie ist die öffentliche Beschaffung in der Gemeinde koordiniert? Gibt es Überlegungen über nachhaltige Beschaffung (zum Beispiel Strom für zusammengeschlossene Areale aus dem freien Strommarkt)?**

Wenn Strassenlampen ersetzt werden müssen, werden LED Birnen eingesetzt. Aber auch von Seiten des Sternepark haben wir gewisse Vorschriften, wenn es um das Beleuchten geht, z.B. mit Abschalten in der Nacht zu bestimmten Uhrzeiten und dass nur bestimmte Lichtfarben und Lichttemperaturen erlaubt sind. Bei öffentlicher Beschaffung ist der Fokus mehr auf der Regionalität, wir sind froh, um das vorhandene Gewerbe und versuchen die regionalen Leute und unternehmen einzubeziehen. Der Fokus auf Nachhaltigkeit war bisher nicht gross da. Das Tagesgeschäft wird im Moment als wichtiger angesehen, als Fragen der nachhaltigen Energie. Zum einen ist es wegen dem Finanziellen, das wir beachten müssen. In Guggisberg sind die Steuern relativ hoch und deshalb sind wir es der Bevölkerung auch irgendwo schuldig, dass man die Mittel dort einsetzt, wo es dringend ist. V.a. Infrastruktur oder Schulwesen. Die anderen Sachen muss man gut begründen. Und wenn der Bürger die Energieersparnis nicht per se für sich als Nutzen sieht, wird es sehr schwierig. Ausserdem wird viel ehrenamtlich gemacht, was die zeitlichen Ressourcen einschränkt. Wenn man Projekte hat, die gemacht werden müssen, ist der Fokus natürlich vor allem dort. Auch z.B. der Sternepark, er ist zwar freiwillig, aber wir wollten mitmachen aber aus zeitlichen Gründen ist es nicht immer möglich alles zu erfüllen. Da muss auch das Verständnis in der Behörde selbst bilden. Wir haben in Guggisberg nur einen externen Bauverwalter und da hat man ein Mandat für die nötigsten Sachen und was darüber hinausgeht macht vielleicht jemand freiwillig, vielleicht aber halt auch nicht.

**Wurde die Berner Energieberatung schon in Anspruch genommen?**

Nein, aber das wäre sicherlich auch noch eine Möglichkeit.

## Interview Rüscheegg

Mit: Markus Hirschi, Gemeindepräsident

### **Wer ist in der Gemeinde zuständig für den Bereich Energie? Wo ist der Bereich Energie untergebracht? (Unterscheidung Politik und Verwaltung)**

In der Politik ist der Bereich beim Ressort Volkswirtschaft (Einkauf von Strom und Wärmeverbände sowie Forst Schnitzzellieferungen) und beim Ressort Umwelt und Raumentwicklung (Energiegesetz, Energieplanung, Baugesetzgebung und Baubewilligungsverfahren) untergebracht. Bei der Verwaltung ist die Bauverwaltung zuständig. Beratend auch noch die Bau- und Planungskommission. Für Fragen in Bauphasen ist die Bauverwaltung erste Anlaufstelle.

### **Wie viel Zeit kann für das Thema Energie von der Gemeinde aufgewendet werden?**

Vor allem bei laufenden Geschäften (z. B. Mitwirkungen, eigene Projekte wie Wärmeverbände oder Sanierungen, Baubewilligungsverfahren). Veranstaltungen der Energieberatung oder AUE werden sporadisch besucht. Man kann nicht genau sagen, wie viel Zeit für das Thema Energie aufgewendet wird. Je nach Projekt unterschiedlich.

### **Gibt es gemeindespezifische Ziele/ein Leitbild, oder werden die kantonalen Ziele verfolgt? (Wenn keine Ziele, woran liegt das?)**

Im letzten Leitbild wurde etwas formuliert.

### **Wo kann die Gemeinde den Hebel ansetzen, wo sieht die Gemeinde selber ihre Verantwortung? (Anreize etc.)**

Die Erarbeitung eines kommunalen Energierichtplanes wurde vor Jahren geprüft. Das Projekt wurde nicht weiterverfolgt, da sich Aufwand und Nutzen nicht decken. Die Gemeinde hat eine gewisse Vorbildwirkung. Wärmeverbände wurden realisiert. Bei verschiedenen Liegenschaften wurden Gebäudehüllensanierungen durchgeführt. Im Bereich Forst hat die Gemeinde ebenfalls investiert (Forstfahrzeug, Schnitzhalle usw.) Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben im Baubewilligungsverfahren. Leider wurde mit der Einführung der Selbstdenkationspflicht ein wichtiger Grundpfeiler der baupolizeilichen Kontrollen, die Rohbaukontrolle abgeschafft.

### **Wie sollen die Ziele (für jene, die keine eigenen Ziele formuliert haben gelten die kantonalen Ziele) erreicht werden, welche Instrumente/Ressourcen oder Mechanismen gibt es auf Gemeindeebene und wie verbindlich/effektiv sind diese?**

Bei laufenden Geschäften gilt es die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten. Da die Gemeinde im Bezug auf die Finanzen und personellen Ressourcen Grenzen hat, können nur begrenzte Ziele umgesetzt werden. Wann immer möglich sollen erneuerbare Energien gefördert werden.

### **Wie weit sind Ziele bereits erreicht? Was konnte bereits umgesetzt werden? Welche Massnahmen wurden getroffen? Was ist geplant?**

Die Gemeinde hat für ihre Verhältnisse sehr viele Ziele umgesetzt (Erstellung von Wärmeverbänden, Gebäudehüllensanierungen bei Gemeindeliegenschaften, Bau des Schnitzschopfs, Anschluss MFH an Wärmeverbund, Umrüstung von 21 Lichtpunkten bei Straßenbeleuchtung auf LED). Als Plan könnte noch die Gebäudehülle des Gemeindehauses isoliert werden oder die restlichen Lichtpunkte der Strassensanierung auf LED umgerüstet werden.

### **Welche Herausforderungen stellen sich bei der Umsetzung dieser Ziele? (Finanzen, Politische Hürden, Instrumente, kantonale Vorgaben vs. kommunale Ebene etc.)**

Vor allem die Finanzen.

**Die Landwirtschaft ist als dominierender Sektor der Region energieintensiv. Bestehen hier Massnahmen die Energieeffizienz und erneuerbare Energie zu fördern?**

Nein.

**Hat die Gemeinde aktuelle Daten zum Stand (zum Beispiel Anteil erneuerbare Energien)? (also zum Beispiel wie aktuell ist das Gebäudeverzeichnis mit Heizungsangaben, kommt die Gemeinde zu Stromdaten o.ä.)**

Die Heizungssanierungen sind im GWR zum grössten Teil nachgeführt. Die Stromdaten sollten bei der BKW vorhanden sein (z. B. im Zusammenhang mit der Gemeindeentschädigung)

**Findet Zusammenarbeit mit Kanton oder anderen Gemeinden statt im Bereich Energie? Was erwartet die Gemeinde vom Kanton? Erwartet die Gemeinde etwas vom Naturpark Gantrisch im Bereich Energie? (Subventionen vom Bund?)**

Mit den anderen Gemeinden findet in diesem Bereich keine grosse Zusammenarbeit statt. Der Kanton und der Bund sollen dafür sorgen, dass Projekte möglichst unbürokratisch unterstützt werden können. Wir sind zu weit weg von anderen Gemeinden, dass man zusammen etwas machen könnte. Solche Projekte sind momentan kein Thema. Es besteht auch nicht der Wunsch nach einer Zusammenarbeit.

**Zusätzlich:**

**Wie ist die öffentliche Beschaffung in der Gemeinde koordiniert? Gibt es Überlegungen über nachhaltige Beschaffung (zum Beispiel Strom für zusammengeschlossene Areale aus dem freien Strommarkt)?**

Die öffentliche Beschaffung richtet sich nach dem übergeordneten Gesetz. Die Beschaffung wird von der Stelle der Gemeinde beschafft, welche für den betroffenen Bereich zuständig ist. Der ARA Verband RüRüRi beschafft seinen Strom aus dem freien Markt. Die Gemeinde hat sich für Energy Blue der BKW entschieden (Wasserkraft).

**Wenn Energie eher kleines Thema, was wird dann thematisiert?**

Es muss versucht werden auch im kleinen Energie zu sparen. Z. B. Ersatz Leuchtmittel durch LED. Optimierung von Steuerungen wie z. B. Heizungen, Anlagen und Transporte.

**Wie steht die Gemeinde zum Energiekonzept des Naturpark Gantrisch und zur Vision? Stimmen sie damit überein? Gibt es unterschiedliche Meinungen zu gewissen Punkten?**

Naturpark Gantrisch kann gar keine Vision haben in der Energiepolitik. Umweltschonung ist sicherlich ein Thema, aber der Naturpark ist nicht derjenige, wo etwas fördern oder initialisieren kann, ist nicht seine Aufgabe. Projekt können wir fördern, E-Bike Touren, unterstützen wir. Wir stehen hinter dem Naturpark Gantrisch, hat aber nichts mit Energiepolitik zu tun. Erwartungen an NPG: Zusammenarbeit ist gut, ansonsten sind wir selber schuld, denn wir sind der Naturpark Gantrisch

## Interview Naturpark Gantrisch

Mit: Christoph Kauz, Geschäftsführer des NPG

### **Einleitung**

Das Thema Energie hat eigentlich mit der Holzenergiestrategie begonnen, da die Region viel davon hat.

Das Projekt Gantrisch erneuerbar soll in Zukunft (neue 5 Jahresplanung) in das Projekt Netzwerk nachhaltige Wirtschaft integriert werden. Geschichte dahinter, man hat für viele Projekte beim Bund und Kanton Gelder geholt und gemerkt im Bereich Innovation ist es ungefähr immer dasselbe, hat etwas hoch gepokert und gemerkt, dass es immer weniger Geld gibt. Deshalb wird das Projekt neu in ein anderes Projekt eingegliedert.

Disposition: Regionalkonferenz Bern-Mittelland im Bereich Energie viel zu sagen

NPG kann den Gemeinden keine Auflagen geben.

Quelle: Förderverein Region Gantrisch

### **Was macht der NPG für die Gemeinden zur Umsetzung der Energiestrategie?**

Wir haben in der Region eine Vision, welche im Vorstand besprochen wurde. Es ist aber so, wir haben es jetzt mehr auf Konzeptebene runtergebrochen, damit wir bei uns in den Projekten damit arbeiten und nicht strategisch für und mit den Gemeinden ausgearbeitet. Wir merken, dass es sehr schwierig ist solche Visionen in die Gemeinden zu bringen. Wir haben uns gesagt, wir machen das erstmal auf Konzeptebene, damit probieren wir zu arbeiten in Projekten. Oberste Vision ist: Region Gantrisch ist energieautark. Dazu hat man Ziele aus Bund und Kanton hineingenommen. Jetzt probieren wir das so zu machen. Es wird nicht mehr mit Öl geheizt als Beispiel.

Ist noch schwierig zu beantworten, was wir tun damit die Gemeinden die Energiestrategie umsetzen, wir versuchen vor allem das Wissen zu vermitteln und zu vernetzen.

Wir haben gemerkt in den letzten Jahren, wir müssen nicht zu viele Projekte selber machen, sondern eher helfen zu vernetzen und helfen bei einem Projektantrag, weil wir darin sehr viel Erfahrung haben. Bei eigenen Projekten sind wir eher unter Druck gekommen. Beispiel Projekt zur Förderung von Windenergie und gleichzeitig Projekt zu Landschaftsbildern, da kamen kritische Stimmen, die sagen auf der einen Seite Schutz der Landschaftsbilder und gleichzeitig „Verschandelung“ der Landschaft mit Windrädern... → kontroverse Diskussion

Wir wollen lieber Plattform bieten für interessante, innovative Projekte, die wir fördern können. Aber auch da, muss man abwägen, ob ein Projekt etwas bringt oder nicht. Aber das ist bei der Energiestrategie allgemein so.

### **Welche Vorgaben hat der NPG (von politischen Ebenen (Bund, Kanton...) zum Thema Energie?**

Vorgaben haben wir eigentlich nicht. Aber wir werden ja gefördert aus diesem Pärke-System vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeit (nachhaltige Wirtschaft, Natur und Landschaft sowie Gesellschaft), also ist es eben ein Abwägen im Thema Energie, ist beispielsweise ein Windrad das Richtige oder eben nicht. Der Naturpark hat zu diesem Thema keine fixe Meinung, dass man sagen kann, die sind für das oder das. Mit dem Naturpark soll eine Plattform geboten werden, in der man solche Dinge, die eben auch heikel sind, diskutieren kann.

Der Naturpark ist innerhalb des Pärkesystems frei, welche Projekte er lancieren oder unterstützen will. Bund oder Kanton können Naturpärke nicht zwingen zu schauen, dass in Gemeinden Energiestrategien umgesetzt werden.

Aber es kann sein, dass wenn man beispielsweise auf der Bütschelegg/Gschneit ein Windpark macht, dass man das Label verliert, weil der Windpark schützenswerte Landschaft „verschandelt“. Da könnte

das BAFU kommen und sagen, du ihr habt als Region gesagt Sorge zu tragen zur Landschaft, dafür zahlen wir euch einen gewissen Betrag für Projekte und jetzt macht ihr etwas, was dem komplett widerspricht.

Aber auch wichtig zu erwähnen gerade bei Windenergie als erneuerbare Energiequelle, gibt es Spielraum im Abwägen zwischen Landschaftsschutz und Förderung erneuerbarer Energien. Und ein regionaler Naturpark dient dazu eine Plattform für solche Diskussionen zu bieten. So dass man sagen kann dort jetzt eher kein Windpark, dafür an einem anderen Ort.

### **Welche Leitfäden verfolgt der NPG? (Beispielregionen? andere Vorbilder?)**

Leitfaden, ist das Konzept, in dem wir die Vision haben energieautark zu sein in der Region und auf jedem Dach eine Photovoltaik zu haben. Das sind so Ideen, die in diesem Konzept erarbeitet wurden und abgestützt sind auf die Bundesstrategie 2050. Im Konzept probieren wir die Strategie abzubilden aber auch zu zeigen wie wir helfen können.

Man überlegt sich sogar, Energieregion zu werden, aber auch hier überlegen nicht den ganzen Perimeter zu involvieren, sondern vielleicht nur einzelne Gemeinden oder eine Zusammenschluss mit Köniz. Denn es gibt auch Gemeinden für die es keinen Sinn macht Energiestadt zu werden und bei einer allfälligen Energieregion mitzumachen.

Da probieren wir zu unterstützen und beispielsweise an ein Gemeindepräsidenten-Treffen Leute einladen, die informieren über Ideen wie beispielsweise eine Energieregion.

### **Welche Herausforderungen stellen sich dem NPG bei der Umsetzung dieser?**

Wir sind ein Förderinstrument und nicht selber Projektträger. Wir arbeiten zwar in Projekten, injizieren sie aber nicht selber, wir errichten nicht selber eine Holzschmelzeheizung oder installieren Photovoltaik auf die Dächer. Da ist es dann manchmal etwas schwierig darzulegen, was es denn eigentlich bringt.

Der NPG kann nur begrenzt Einfluss nehmen. Beispiel IG Gantrisch Strom, kann man unterstützen mit Knowhow und so, aber zu sagen, dass es weiter geht und dass irgendjemand Strom kaufen wird, kann der NPG nicht. Und trotzdem ist es unsere Aufgabe Projekte anzustossen, zu informieren und zu sensibilisieren. Wenn man diese Themen immer wieder aufgreift und informiert, kommt das sicherlich in der Gesellschaft an.

Manchmal ist es auch schwierig, dass man uns als Partner sieht, dass man überhaupt auf die Idee kommt uns zu kontaktieren. Vielmals ist gar nicht klar, dass wir ein Partner sein könnten und Unterstützung bieten können bei der Eingabe von Projekten oder Vernetzung mit wichtigen möglichen anderen Partnern.

Gerade bei Eingabe von Projekten an Kanton oder Bund kann der NPG eine wichtige Unterstützung sein, da der Naturpark Erfahrung hat und sehr gut vernetzt ist. Man merkt das auch beispielsweise in der RKBM (Regionalkonferenz Bern-Mittelland), da werden einige Projekte unterstützt, weil man weiss in der RKBM, was vom NPG kommt ist breit abgestimmt und meistens schon regional gedacht.

### **Was sind die obersten Prioritäten des NPG im Bereich der Energie?**

Oberste Priorität ist beim NPG: die Regionalität und die Nachhaltigkeit und das wäre auch im Bereich Strom bzw. Energie sehr spannend.

Ein Ziel ist es auch Gantrisch Strom zu verkaufen ähnlich den regionalen Produkten. Man ist aber noch nicht soweit, dass man Strom labeln könnte. Dazu hat man noch nicht das Regelwerk, aber auch das wäre eine Idee, was man machen könnte.

### **Wie sollen diese Ziele erreicht werden?**

Handlungsfelder, in denen der NPG die Gemeinden unterstützen können.

Wir machen Beobachtungen. Mit Holzenergie beginnt es, wie viele Holzschneitzelheizungen gibt es? Daten, wie gross der Verbrauch und Leistung in den Gemeinden? Was ist Gewerbe? Was ist Privathaushalt? → Datensammlung in den Beobachtungen

Daten von der BKW erfragt, ein mühsamer Prozess, weil jede Gemeinde Zustimmung geben muss, dass BKW die Daten an den NPG geben darf und NPG bekommt die Daten nur gegen Bezahlung. Zahlen für Monitoring für Grundlage.

Zusammenarbeit fördern. Idee: IG Gantrisch Strom, die es bereits gibt, begleiten. Wir haben geholfen, dass das Projekt gefördert wird. Vernetzung mit anderen Organisationen ermöglicht beispielsweise mit Riggisberg, hat leider nicht funktioniert, weil Riggisberg immer noch stark abhängig von der BKW. Jetzt mit dem EWB Bern versucht man zusammenzuarbeiten mit der Idee, dass Region Gantrisch der Stromlieferant für Stadt Bern wird und man dort Gantrisch Strom einkaufen könnte in Bern. Vielleicht (ist jetzt blöd gesagt) ist es in der Stadt Bern mehr eine Modeerscheinung im Sinne von „Cool, ich habe Gantrisch Strom“. Das sind so Ideen, die man probiert und versucht Leute, die sich darum bemühen zu fördern.

Ein weiterer Punkt ist das Lernen. Da laufen so Sachen wie beispielsweise Tage der Sonne, Thematik zu den Leuten bringen, Breite zeigen, Material zur Verfügung stellen. Es wird nicht spezifisch Schulmaterial gemacht, aber wir haben Materialien, wenn Interesse vorhanden. Wissen vermitteln. Weiter probieren wir in den Projekten eine Plattform zu bieten für Vernetzung, da wir sehr stark mit Bund und Kanton verbunden sind aber auch mit den Gemeinden, da wir die Leute in den Gemeinden mittlerweile gut kennen.

Für NPG ist Sensibilisierung wichtig.

Aktionen organisieren: Tage der Sonne

### **Wie wird der Kontakt mit den Gemeinden unterhalten? (Wie werden die Gemeinden erreicht, wer ist Ansprechperson) Wo sind Herausforderungen in der Kommunikation mit den Gemeinden?**

Da ist sicherlich das Gemeindepräsidenten-Treffen zu erwähnen, dann das Gantrisch-Café. Im Gantrisch-Café wird mehr auch die Wirtschaft einbezogen, nicht ein rein politischer Anlass, dort werden teilweise auch so Themen besprochen, wie es mit der Region weiter gehen könnte, wie man die Region vorwärtsbringen kann.

Weiter haben wir verschiedene Begleitgruppen, die Holzkammer, welche die Holzenergiestrategie entwickelte. Dann organisiert der NPG Treffen mit den leitenden Angestellten der Gemeinden, diese führen zu mehr Vernetzung mit den Gemeinden, Kennenlernen der zuständigen Verwaltungsmitgliedern. Dadurch kann der NPG besser Kontakte vermitteln, wenn eine Anfrage reinkommt.

Der ständige Wechsel in den politischen Gremien ist für den NPG nicht so ein Problem, weil es ihn noch nicht solange gibt, es sind erst 2 Legislaturperioden. Hinzu kommt, dass neue Behördenmitglieder in Gemeinderäten aber auch im Vorstand des Fördervereins Region Gantrisch frischen Wind und neue Inputs hineinbringen.

Man muss sich bewusst sein, man ist im Politischen drin und das geht dann halt nicht so schnell, was die Arbeit aber auch spannend macht, und wenn man sich dann mal entschieden etwas anzugehen, ist es dann eben gerade durch die Diskussionen breit abgestützt. Nicht alles ist gleich stark abgestützt aber trotzdem spricht man als eine Region. Dazu dient beispielsweise auch das Gemeindepräsidenten-Treffen, bei welchem die Geschäfte der Regionalkonferenz Bern-Mittelland vorbesprochen und vorbereitet werden und man mit einer Stimme an der Delegiertenversammlung spricht. Man gibt so der Region ein Gesicht.

### **Wie ist die Resonanz der Gemeinden zum Energiekonzept/Energiestrategie?**

Der NPG hat eine Liste wie die Gemeinden zur Energiestrategie abgestimmt haben, die habe ich leider jetzt nicht da.

Es ist ungefähr halb/halb. Ich könnte jetzt auch nicht genau sagen wie die Resultate gelegen sind, ob Gürbetal ja und Schwarzenburgerland nein oder so.

Wie die Gemeinden zum Energiekonzept stehen, kann man nicht sagen, weil es eben auf Konzeptebene gemacht wurde und nicht in eine Vernehmlassung in die Gemeinden gegeben wurde. Man hat sich gesagt, wir machen dieses Konzept jetzt einfach mal und schauen, wie weit wir kommen und ob man eventuell eine Strategie daraus machen will. Aber bereits im Vorstand des Fördervereins Region Gantrisch kam es zu Diskussionen über das Konzept, die Geschäftsleitung hat in der Erstfassung „bissiger“ formuliert und der Vorstand wollte in gewissen Abschnitten eine gemässigtere Formulierung (Abschnitt Windenergie). Da merkt man, dass das Politische schon einfließt und nicht immer die komplette Haltung aus dem Gefäss NPG widerspiegelt. Aber schlussendlich sind wir ein politisches Instrument. Da merkt man, dass man sich nichts verbauen will mit Strategien, die man nicht einhalten kann und nicht alle dahinterstehen.

Eine Vernehmlassung in den Gemeinden würde wahrscheinlich dazu führen, dass das Konzept kritisch hinterfragt wird.

Der NPG merkt, dass wir mehr erreichen, wenn wir Projekte vernetzen, anstossen, probieren Geld zu holen, als wenn wir einfach irgendeine grosse Strategie fahren. Zudem gibt es ja bereits die Bundes- und Kantonsstrategien, die angenommen wurden, da braucht es nicht noch eine Strategie des Naturparks.

NPG auch mit dem Vorwurf konfrontiert nur Papiere zu machen und ansonsten nicht viel, auch ein Grund, warum man gesagt hat nicht nochmal eine regionale Energiestrategie zu machen.

### **Welche Erwartungen hat der NPG an die Gemeinden?**

Wichtig für NPG, dass Gemeinden wissen, dass der Naturpark gerne unterstützt als Vermittler, dass die Gemeinden auch nach Daten fragen können.

Gemeinden sollen NPG nicht als Verhinderer sehen, niemand im NPG sagt einfach Nein zu einem Windrad. NPG möchte nicht verhindern, sondern gemeinsam mit allen Akteuren eine Lösung suchen. Beispiel Senseparkplätze: Plattform bieten für runden Tisch, so dass die Leute wieder miteinander sprechen. Zusammenarbeit zwischen Bund, Kanton und Gemeinden verbessern.

Erwartung an die Gemeinden, dass diese sehen, was NPG macht in diesem Bereich und man fragen kann.

### **Wie wird der Spagat zwischen Kanton, Gemeinden und Bund gemacht, um alle Akteure gleichermassen miteinzubeziehen?**

Dazu werden die Vier- und Fünfjahresplanungen erarbeitet und in die Vernehmlassung geschickt. Dort merkt man die Ämter des Kantons schauen sich das genau an, aber auch die Gemeinden schauen es sich genau an. In dieser Vernehmlassung können sich alle zur Planung äussern, was meist hilfreiche Inputs gibt, die dann diskutiert werden. → Die Planungen gehen an Bund, Kanton und Gemeinden. In diesen Planungen wird dann jeweils noch eine Jahresplanung gemacht, die von der Mitgliederversammlung verabschiedet wird.

Und die Charta (läuft 10 Jahre) geht vor die Gemeindeversammlungen.

### **Gibt es eine Zusammenarbeit mit anderen Naturparks o.ä.?**

Es gibt das Netzwerk Schweizer Pärke, als Oberorganisation. Dort werden viele Erfahrungsaustausche gemacht. Beispiel: An einem Treffen der Geschäftsleiter wurde diskutiert, ob man sich jemanden

„anhängen“ möchte schweizweit, welcher Strom einkauft. Können wir schweizweit Strom aus den Pärken verkaufen?

Kurze Diskussion, weil im Engadin sieht es anders aus als in der Romandie. Man will auch schon bestehende Partnerschaften nicht aufs Spiel setzen.

Netzwerk Berner Pärke (nicht so stark institutionalisiert), da tauscht man sich untereinander aus; Beispiel: Finanzieller Beitrag des Kantons an die Pärke, Antrag für Grossrat wird zusammen organisiert.

**Wie ist der aktuelle Stand vom Projekt „Gantrisch erneuerbar“?**

Projekt zusammengeführt zu Netzwerk nachhaltiger Wirtschaft. Vernetzen von Leuten sieht der NPG als Kernaufgabe, statt so spezifisch auf ein Thema zu konzentrieren, in dem wir eben doch nicht alles realisieren können was wir planen. Zusammenführung der Projekte Innovation und Gantrisch erneuerbar auch als Folge einer Evaluation mit Wirtschaftsleuten.

## NETZWERK NACHHALTIGE WIRTSCHAFT

|   |  |
|---|--|
| <b>Projektnummer</b>                                | 201  |
| <b>Dauer des Projekts</b>                           | 2020-2024  |
| <b>Kurzbeschreibung des Projekts</b>                | Das Projekt "Netzwerk nachhaltige Wirtschaft" fasst ab der nächsten Programmperiode die Projekte Parkinnovation und Gantrisch Erneuerbar zusammen, damit die vorhandenen Synergien sinnvoll genutzt werden können. Das Projekt hat zum Ziel, nachhaltiges wirtschaftliches Handeln in der Naturparkregion zu fördern und bekannt zu machen. Das Projekt setzt dabei auf drei "Motoren": Erstens auf die Vernetzung von wirtschaftlichen Akteuren über Gemeinde- und Branchengrenzen hinweg. Dies fördert gemeinsames, regionales wirtschaftliches Handeln. Zudem soll der Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gefördert werden und dazu beitragen, dass Rahmenbedingungen gemeinsam überdacht werden. Zweitens fördert der Naturpark gezielt nachhaltige wirtschaftliche Technologien und Wirtschaftsbereiche. Im Fokus stehen hier die erneuerbaren Energien und das Wissen zur Optimierung des Energieverbrauchs. Diesen Themen wird auch von Seiten KMU und Bevölkerung grosses Interesse entgegengebracht. Drittens unterstützt der Naturpark innovative Initiativen, die erst noch zur Reife gebracht werden müssen - beispielsweise den Brückenschlag von der Wirtschaft zur Jugend, um dem Mangel an Lernenden in der Region entgegenzuwirken. Das Projekt hat übergreifenden Charakter. Es steht in engem Austausch mit den Projekten Regionale Produkte, Gantrisch Holz und Mobilität. |
| <b>Beitrag zu den Wirkungsindikatoren des Parks</b> | Die Förderung von Plattformen zum Fakten- und Meinungs austausch sowie die Unterstützung von nachhaltigen Technologien und von innovativen Initiativen führt dazu, dass das Zielpublikum - die KMU und deren Vereine und Verbände, sowie die Bevölkerung an sich - ein höheres Bewusstsein für eine regionale, nachhaltige Wirtschaft entwickeln. Dies führt einerseits zu einem positiveren Selbstbild, andererseits zu konkreten Investitionen (und zu persönlichen Konsum) zum Nutzen der lokalen Wirtschaft. Beides zusammen trägt zur einer nachhaltigen Wirtschaft bei.  |
| <b>Bedeutung des Projekts für den Park</b>          | Eine nachhaltige regionale Wirtschaft ist Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung der Naturparkregion. Dieses Projekt demonstriert, dass erfolgreiches wirtschaftliches Handeln vereinbar ist mit Umwelt und Gesellschaft. Der Anteil an erneuerbarer Energie ist dabei eine der Kerngrössen für die Beurteilung der nachhaltigen regionalen Entwicklung. Dieses Projekt ist ein Schlüsselprojekt.   |
| <b>Verbindung zu anderen Projekten</b>              | Dieses Projekt ist durch seine vielfältigen Leistungen sehr querschnittsorientiert und dadurch mit vielen Parkprojekten vernetzt, insbesondere mit: Parkmobilität, Nachtlanschaft, Parkmarketing, Baukultur & Landschaftsbilder, Regionale Produkte, Gantrisch Holz, Angebotsentwicklung.  |
| <b>Projektbezeichnung in Etappe 2012-15</b>         | Parkinnovation im Zeichen der Nachhaltigkeit   |
| <b>Projektbezeichnung in Etappe 2016-19</b>         | Parkinnovationen im Zeichen der Nachhaltigkeit / Gantrisch Erneuerbar  |

## 1.1. ZIELE

### 1.1.1. ALLGEMEINES PROJEKTZIEL

Der NPG, in enger Zusammenarbeit mit Akteuren aus Wirtschaft, Vereinen und Gemeinden, schafft und unterstützt Plattformen, Instrumente, Technologien und konkrete Initiativen zur Förderung einer starken, regionalen, nachhaltig geprägten Wirtschaft. Diese ist getragen von lokal verankerten KMU und einer Bevölkerung, die bewusst regionale Produkte und Dienstleistungen nachfragt.

### 1.1.2. ZIEL PROGRAMMVEREINBARUNG 2020-2024

Akteure aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik nutzen branchen- und gemeindeübergreifende Plattformen, um politische Rahmenbedingungen oder wirtschaftliche Herausforderungen gemeinsam zu verbessern. Der NPG schafft, begleitet oder moderiert solche Plattformen.

Der NPG ist Informationsdrehscheibe, sensibilisiert die Akteure über Technologien, die nachhaltiges wirtschaftliches Handeln ermöglichen, und begleitet entsprechende Projekte. Dabei liegt das Augenmerk auf erneuerbaren Energien und Wissen zur Optimierung des Energieverbrauchs.

Der NPG unterstützt regionales, nachhaltiges wirtschaftliches Handeln, indem er innovative Ideen bekannt macht (z.B. Innovationspreis) und deren Umsetzung soweit möglich unterstützt. Der NPG setzt sich für eine Verbindung von Wirtschaft und Jugend ein.

### 1.1.3. BEZUG ZUM STRATEGISCHEN ZIELRAHMEN

Stärkung der nachhaltig betriebenen Wirtschaft.

### 1.1.4. ZIELPUBLIKUM

KMU der Region, deren Vereine und Verbände sowie Investoren und die Bevölkerung der Region als Nachfrager von wirtschaftlichen Gütern (Produkte und Dienstleistungen).

### 1.1.5. WIRKUNGSZIELE AUS MANAGEMENTPLAN

| Wirkungsziel  | Wirkungsindikator                  |
|---|------------------------------------|
| Der NPG ermöglicht einen regemässigen und aktiven, gemeinde- und branchenübergreifenden Austausch von wirtschaftlichen Akteuren zu relevanten Themen. | Umfrageresultate beim Zielpublikum |
| Anteil erneuerbarer Energien im NPG erhöht sich.  | Strombilanz                        |
| Die Bevölkerung nimmt die Naturparkregion als innovationsfreudig und fortschrittlich wahr.  | Umfrageresultate bei Bevölkerung   |

## 1.2. PROJEKTORGANISATION

|                       |  |
|-----------------------|--|
| <b>Projektleitung</b> | André Schmid   |
| <b>Partner</b>        | <b>Strategische Partner</b><br>Wirtschafts-Vision Gantrisch, Gewerbevereine, Gantrischplus AG, BNI-Netzwerk, weitere relevante Vereinigungen und Netzwerke aus der Region, Schweizerische Energiestiftung, Energiezukunft Schweiz  |
|                       | <b>Regionale Partner</b><br>Gantrischplus AG, IG Gantrisch Strom, BKW, Groupe e, Energie Belp AG, Energie Versorgung Riggisberg AG   |
|                       | <b>Ausserregionale Partner</b><br>Handels- und Industrieverein Bern, kantonbernischer Gewerbeverband, Wirtschaftsförderung Bern, Regionalkonferenz Bern-Mittelland, Entwicklungsraum Thun, Gemeindeverband Region Sense, BECO (Berner Wirtschaft), Innosuisse, energie wasser Bern ewb, Umwelt- und Energieverbände, AUE (Energiefachstelle des Amtes für Umweltkoordination und Energie), AGR (Amt für Gemeinden und Raumordnung), AWA (Amt für Wasser und Abfall), BFE (Bundesamt für Energie) |

|   |   |
|---|---|
| <b>Einbindung in übergeordnete Planungsinstrumente bzw. -prozesse</b> | Alle für den NPG wirtschaftlich relevanten Sektoren, insbesondere Land- und Forstwirtschaft, Bau- und Energie, Verarbeitung und Dienstleistung, Natur- und Landschaftsschutz und Wasser.<br>Planungsinstrumente: Neue Regionalpolitik, kommunale Konzepte, Energiestrategie 2050, Energiestrategien der Kantone, Regionaler Richtplan Windenergie, Holzenergiestrategie NPG, Energiestrategie NPG; Energierichtpläne der Gemeinden, Energieabkommen Gemeinden-Kanton, Abkommen der Energiestädte, Sustainable Development Goals der UNO (SDG).<br>NPG-intern:<br>Holzenergie- und Innovationsförderungs-Konzept, Tourismusstrategie |
| <b>Strategische Zuordnung</b>   | Stärkung der nachhaltig betriebenen Wirtschaft  |
| <b>Projektmitarbeiter</b>   | Projektgruppe<br>Projektgruppe Wirtschaft (gebildet aus Exponenten der Wirtschaft)<br>Koordination Geschäftsstelle<br>Lydia Plüss, Lea Jost   |

### 1.3. PROJEKTSTAND, LEISTUNGEN UND WIRKUNGEN

#### 1.3.1. PROJEKTSTAND

Das Projekt "Netzwerk nachhaltige Wirtschaft" geht aus den Projekten "Parkinnovation im Zeichen der Nachhaltigkeit" und "Gantrisch Erneuerbar" hervor. Durch die Umstrukturierung des Naturparks hat der Bereich Wirtschaft ein höheres Gewicht erhalten. Diesem Umstand wird durch die Erweiterung des Projekts Rechnung getragen. Das Projekt setzt die bewährten Elemente des Projekts "Innovation" fort: Der Innovationspreis soll auch in Zukunft verliehen werden und die Dokumentation und Verbreitung von Best-Practices wird weiterhin vorangetrieben. Auch die Netzwerkarbeit wird fortgesetzt und sogar ausgebaut. Das Projekt erhält allerdings auch neue Elemente: Auf der Grundlage einer breit abgestützten Befragung von Wirtschaftsexponenten wird ein Konzept zur regionalen Wirtschaftsförderung erarbeitet. Die Details des zukünftigen Konzepts sollen bis Ende 2018 bekannt sein. Es zeichnen sich aber bereits 3 wesentliche Teilbereiche ab: Die Schaffung und Unterstützung von Plattformen, die Förderung von erneuerbaren Energien und die Lancierung von "innovativen Initiativen".

Unter dem Projekt Gantrisch Erneuerbar wurde eine Energiestrategie für den Park erarbeitet. Durch die Partnerschaft mit der IG Gantrisch Strom können Projekte zur Vermarktung von regionalem Strom unterstützt werden. In diesem Zusammenhang wird die Möglichkeit eines regionalen Stromangebots über einen regionalen Energieversorger diskutiert. Mit der Strombilanz wird eine Datengrundlage geschaffen, die nebst der Zieldefinition für den Parkperimeter zur Information, Argumentation und Entwicklung dienen wird. Des Weiteren wird die Sensibilisierungsarbeit verstärkt; beispielsweise wird die Koordination und Bewerbung von Anlässen im Naturpark an den "Tagen der Sonne" übernommen.

### 1.3.2. LEISTUNGSPAKETE

|  |  |                |
|--|--|----------------|
| <b>Leistungspaket</b>  | Anlässe / Plattform Innovation und Netzwerkpflege  |                |
| <b>Leistung</b>  | Vernetzung von Politik, Gesellschaft, Jugend und Wirtschaft, Rolle des NPG innerhalb dieser abklären. Teilnahme in Wirtschafts-Netzwerken (z.B. Wirtschaftsvision, lokale Vereinigungen, etc.) zur Förderung des regionalen Unternehmertums. |                |
| <b>Leistungsindikator</b>  |  | <b>Termin</b>  |
| Durchführung eines branchenübergreifenden Anlasses zur Förderung und Vernetzung innerhalb der nachhaltigen Wirtschaft (z.B. innovative Unternehmen und/oder ressourcenschonende Produktionsmethoden) |  | 2023           |
| <b>Meilensteine</b>  |  | <b>Termine</b> |
| Der Naturpark unterstützt Plattformen zur Vernetzung von Politik, Gesellschaft, Jugend und Wirtschaft.   |  | jährlich       |

|   |   |                |
|---|---|----------------|
| <b>Leistungspaket</b>   | Innovationsinstrumente  |                |
| <b>Leistung</b>   | Vorbereitung, Durchführung und begleitende Kommunikation von Instrumenten zur Innovationsförderung (z.B. Verleihung Innovationspreis). Koordination und Kommunikation auf verschiedenen Kanälen (soziale Medien, Website, "Gantrischpost", Filme etc.) von Best-Practice-Beispielen von innovativen, nachhaltigen Betrieben aus der Region. |                |
| <b>Leistungsindikator</b>   |   | <b>Termin</b>  |
|   |   |                |
| <b>Meilensteine</b>   |   | <b>Termine</b> |
| Es werden alle zwei Jahre Innovationspreise verliehen und daraus werden Best-Practice-Beispiele publiziert. |   | 2024           |

|   |  |                |
|---|--|----------------|
| <b>Leistungspaket</b>   | Regionale Wirtschaftsförderung   |                |
| <b>Leistung</b>   | Begleitung und Förderung von innovativen, wirtschaftlichen Initiativen, welche durch KMU, Investoren mitfinanziert und/oder durch öffentliche Fördergelder unterstützt werden. |                |
| <b>Leistungsindikator</b>   |  | <b>Termin</b>  |
|   |  |                |
| <b>Meilensteine</b>   |  | <b>Termine</b> |
| Begleitung der Erarbeitung von mind. 3 Projektanträgen zur Einreichung bei geeigneten Förderinstrumenten. |  | 2023           |

|  |   |                |
|--|---|----------------|
| <b>Leistungspaket</b>  | Begleitung Pilotprojekte  |                |
| <b>Leistung</b>  | Begleitung bei der Erarbeitung von Pilotprojekten. Mitwirkung beim Aufbau von Gremien z.B. zur Vermarktung von regional produzierter Energie. |                |
| <b>Leistungsindikator</b>  |   | <b>Termin</b>  |
|  |   |                |
| <b>Meilensteine</b>  |   | <b>Termine</b> |
| Aktualisierung der im 2018 erstellten Strombilanz. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse festhalten und Schlussfolgerungen für die weitere Ausrichtung des Projekts ziehen. |   | 2023           |
| Ein regionales Gremium zum Thema Klima und Energie ist gebildet.   |   | 2022           |

|  |  |                |
|--|--|----------------|
| <b>Leistungspaket</b>  | Informationsmaterial und Kommunikation   |                |
| <b>Leistung</b>  | Zusammenzug, Erstellung und Vermittlung von Informationsmaterial zu erneuerbaren Energien. Austausch von Wissen und Information sicherstellen (Informationsdrehscheibe).<br>Wissensaufbereitung zur innerregionalen Wertschöpfungssteigerung, Prüfung von Möglichkeiten zur Einführung eines regionalen Zahlungsmittels (z.B. Gutscheine). |                |
| <b>Leistungsindikator</b>  |  | <b>Termin</b>  |
| <b>Meilensteine</b>  |  | <b>Termine</b> |
| 2 Berichte zur Sensibilisierung rund um die Themen Klima, Energie und Ressourcenschonung sind veröffentlicht.    |  | jährlich       |
| Erarbeitung einer Entscheidungsgrundlage über die Einführung eines regionalen Zahlungsmittels (z.B. Gutscheine). |  | 2020           |

## 1.4. BUDGETIERUNG UND FINANZIERUNG

### 1.4.1. ABLAUF UND AUFWAND

| Leistungspakete                                | 2020       | 2021      | 2022       | 2023      | 2024       | Total      |
|--|------------|-----------|------------|-----------|------------|------------|
| Anlässe / Plattform Innovation & Netzwerkpflge | 22         | 20        | 20         | 20        | 20         | 102        |
| Innovationsinstrumente                         | 30         | 25        | 30         | 25        | 30         | 140        |
| Regionale Wirtschaftsförderung                 | 10         | 14        | 14         | 14        | 14         | 66         |
| Begleitung Pilotprojekte                       | 26         | 20        | 22         | 20        | 22         | 110        |
| Informationsmaterial & Kommunikation           | 15         | 18        | 18         | 18        | 18         | 87         |
| <b>Gesamtkosten</b>                            | <b>103</b> | <b>97</b> | <b>104</b> | <b>97</b> | <b>104</b> | <b>505</b> |

## 1.5. ZUSATZINFORMATIONEN ZUM PROJEKT NETZWERK NACHHALTIGE WIRTSCHAFT

### 1.5.1. STÄRKEN/SCHWÄCHEN

#### Stärken heute

- Das Netzwerk zu Institutionen und einflussreichen Einzelpersonen wurde in den letzten Jahren vergrößert.
- Zahlreiche Ideen, was der NPG tun kann, wurden gesammelt (Stakeholder-Befragung 2018, Gewerbevereine). Rückhalt nimmt zu.
- Wichtige Grundlagenarbeit (Strategien) und Datenbereitstellung im Bereich erneuerbarer Energien wurde bereits geleistet.
- Verschiedene Gemeinden und auch viele Private engagieren sich bereits im Bereich erneuerbare Energien.
- Einzelne Energieprojekte (zum Teil durch den NPG begleitet) wurden auf privater oder kommunaler Initiative bereits realisiert und haben Vorzeigecharakter.

#### Schwächen heute

- Die Wirkungsmessung resp. Attributierung von Projektaktivitäten ist kaum möglich.
- Das Projekt hat hohe Ambitionen, welche mit den bestehenden finanziellen und personellen Ressourcen schwierig zu erreichen sind bzw. nur Schritt für Schritt erreicht werden können.
- Es besteht kein Koordinationsgremium für die einzelnen Energieprojekte.
- Zwischen der Wind-, Sonnen- und Wasserenergieproduktion und dem Orts- und Landschaftsschutz bestehen Zielkonflikte.
- Das regionale Produkt Strom ist für die Bevölkerung schwer zu fassen und der Mehrwert ist nicht sichtbar.
- Bestimmte Energieversorgungsunternehmen sind nicht interessiert an erneuerbaren Energielösungen.

#### Chancen Zukunft

- Der Kreis der Personen, KMU und Netzwerke, die durch und mit dem NPG arbeiten wollen, vergrößert sich stetig.
- Nachhaltige Wirtschaft "etabliert" sich in der Wirtschaft.
- Im Rahmen der Umsetzung der Energiestrategie 2050 des Bundesrats wird die erneuerbare Energie verstärkt gefördert.
- Durch ein Engagement der Region bei der Umsetzung von innovativen Energieprojekten wird die regionale Wirtschaft nachhaltig gestärkt.

#### Gefahren Zukunft

- Es herrschen eine tief verankerte Zurückhaltung und Skepsis gegenüber gemeinsamen, innovativen Projekte. Innovatoren agieren häufig als Einzelkämpfer; ihnen wird oft mit Neid begegnet.
- Strukturschwache Region.
- Eine kleine, regionale Trägerschaft kann im liberalisierten Strommarkt nicht mit dem hohen Tempo in der internationalen Angebotsentwicklung mithalten.
- Der Markt für erneuerbare Energie wird aus kostengünstigerer Produktion von Grosskonzernen gesättigt und die Region ist nicht konkurrenzfähig.

## 1.5.2. KRITISCHE ERFOLGS- UND RISIKOFAKTOREN

### Kritische Erfolgsfaktoren

- Innovationsfreudigkeit und Risikobereitschaft der wirtschaftlichen Akteure.
- Partner für die Umsetzung von erneuerbaren Lösungen zu finden.

### Kritische Risikofaktoren

- Die Region kann sich nicht losgelöst von äusseren wirtschaftlichen Faktoren entwickeln.

## 1.5.3. KOMMUNIKATION

Durch die Unterstützung von Plattformen wird die Kommunikation und der Wissensaustausch zwischen wirtschaftlichen Akteuren gefördert.

## 1.5.4. BILDUNG

Das Wissen und die Sensibilisierung über Innovation und Energiethemen beim Zielpublikum wird über verschiedene Kanäle (z.B. Informationsanlässe, Best-Practice-Beispiele, Medien) gefördert. Durch die Unterstützung von innovativen Projektideen wird vielfältiges Erfahrungswissen generiert, diskutiert und mit interessierten Beteiligten geteilt.

## 1.5.5. INWERTSETZUNG

Die Inwertsetzung erfolgt über die wirtschaftlichen Initiativen der Betriebe. Durch die Zusammenarbeit und Vernetzung der regionalen Betriebe wird das Bewusstsein über die Wirtschaftsregion gesteigert und es entstehen Anreize, innovativ tätig zu werden.

## 1.5.6. MODELLCHARAKTER

Dieses Projekt fördert insbesondere eine branchen- und gemeindeübergreifende Zusammenarbeit als Grundlage für ein verstärktes gemeinsames wirtschaftliches Handeln. Im Zentrum stehen dabei wirtschaftliche Aktivitäten, welche die Prinzipien der Nachhaltigkeit berücksichtigen. Die Unterstützung einer regionalen Trägerschaft für Produktion und Vertrieb von erneuerbarer Energie hat Pilotcharakter für die ganze Schweiz.